ZECK

das info aus der roten flora

Nr. 102 / September 2001



Bin kurz kotzen

Rotgrünbraunschwarz – für manche einfach nur der Zwang zu kotzen

Vorwort

Unerwarteterweise legen wir diesmal keine Sommerpause ein. Wir hoffen, daß Euch das alle freut. Da wir aber gerade selber auf Sparflamme kochen, mögen uns kleinere Fehler in dieser Ausgabe verziehen werden. Euch erwartet auf den nächsten Seiten ein Artikel zum neuesten Brechmitteleinsatz in Hamburg. Außerdem legen wir Euch den Artikel über rechte V-Leute ans Herz, ebenso wie den Demoaufruf aus Leipzig: Deutschland den Krieg erklären! Auch ansonsten gibt's wieder ne Menge lesenswertes. Viel Spaß beim Lesen und uns allen noch einen Hauch von Sommer. Bis dann, die Redaktion.

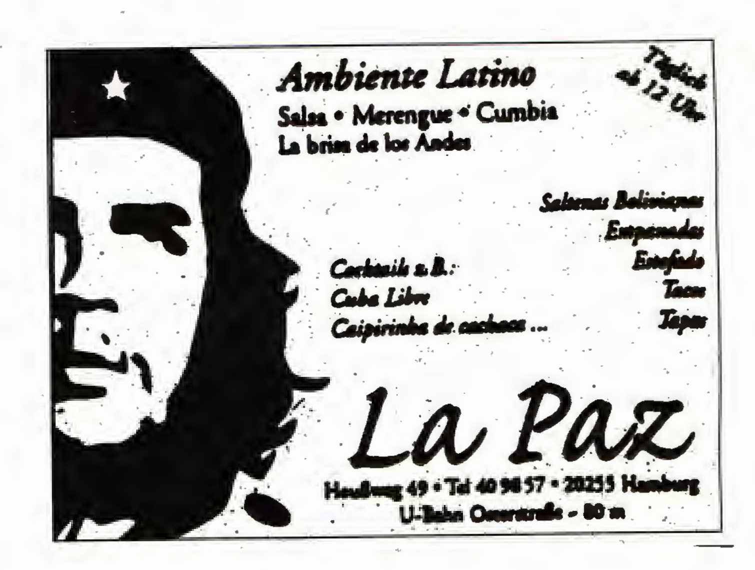
P.S.: Wir haben einige Postsendungen zurück bekommen. Vielleicht melden sich diejenigen denen Zeitungen nicht zugesandt wurden nochmal bei uns, und sendet gleich eure korrekte Adresse mit (in der Hoffnung daß es daran gelegen hat).

Impressum
V.i.S.d.P.: Klaus Kretschmer, Rothenbaumchaussee 30, 20148 Hamburg
Kontakt: Zeck, c/o Rote Flora, Schulterblatt 71, 20357 Hamburg

Schickt uns eure Beiträge, Artikel o.ä., möglichst auf Diskette mit beiliegendem Ausdruck, noch möglichster in Word 5.0 bis 7.0 oder als Textdatei (die Disketten können aber nicht zurückgegeben werden!).
Gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
Redaktionsschluß: ist in der Regel der 20. des Vormonats.
Abos: Zeck gibt es im Förderabo für 20 DM pro Quartal. Geld in einem Umschlag an: Zeck, c/o Schwarzmarkt, Kleiner Schäferkamp 46, 20357 Hamburg. Ältere Ausgaben gibt es, soweit vorhanden, gegen eine großzügige Spende (Briefmarken oder Geld).
Eigentumsvorbehalt: Die Zeitschrift bleibt solange Eigentum des Absenders, bis sie dem/der Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. "Zur-Habe-Name" ist keine Aushändigung im Sinn dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem/der Gefangenen nicht oder nur teilweise ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile - und nur diese - an den Absender mit ausführlicher Begründung der Nichtaushändigung zurückzuschicken. (mögen die Zensurrichter bei der Durchsicht erblinden!)
Eigendruck im Selbstverlag

Inhalt:





Kurzes

Benefizkonzert für kriminalisierte TierrechtlerInnen

Am 19. September findet im Hafenklang ein Solikonzert mit CATHARSIS (USA) + special guest zugunsten kriminalisierter TierrechtlerInnen statt. Beginn 21 Uhr, (Essen 20 Uhr.)

Café Niemandsland im September 01

2.9. Kaffee, Kuchen, Politik

9.9. Für mehr als zwei Geschlechter

Menschen, die sich weder als Mann noch als Frau verstehen, stellen die herrschende (heterosexistische und patriarchale) Annahme in Frage, daß es nur zwei Geschlechter gibt. Sie fordern daher, daß die Kritik an der Zweigeschlechtlichkeit in feministische Theorien und Politkformen einbezogen wird. – ***Vortrag und Diskussion***

23.9. Was ist eigentlich Anarchie ?

Beim Wort „Anarchie" geistern bei so manchem/r Schauerbilder von Chaos und Untergang durch die Köpfe. Daß solche Schreckensvorstellungen in der Öffentlichkeit verbreitet werden, ist kein Zufall – schließlich ist das Ziel des Anarchismus, nämlich zu einer herrschaftsfreien Gesellschaft zu gelangen, wirklich „gefährlich" für jene, die Unterdrückung für ein Naturgesetz halten (wollen)...- ***Vortrag und Diskussion***

30.9. „The Truth Lies in Rostock"

Dokumentation über die Pogrome von Rostock-Lichtenhagen; Neonazis und „Normalbürger" geschlossen im Gleichschritt.

Gruppenprozesse, Entscheidungsfindung, Moderation

21.-23.9. auf der Kommune Finkenburg bei Bremen

Gleichberechtigt in einer Gruppe arbeiten, diskutieren, zu einem Ergebnis kommen und – soweit äußere Grenzen das zulassen – zufrieden sein. Die nötigen Fähigkeiten dazu sind keinem/r von uns in die Wiege gelegt, noch wird uns die Möglichkeit gegeben, uns diese in Schule, Uni oder Betrieb anzueignen. Aus diesem Grund wollen wir auf dem Wochenende unterschiedliche (hierarchiefreie) Gruppenarbeitsmethoden, insbesondere Moderationsmethoden erproben und üben. Daneben werden wir uns mit Gruppendynamiken, (Geschlechter-) Rollen und Konflikten beschäftigen.

TeilnehmerInnenbeitrag 30-50DM nach Selbsteinschätzung incl. Fahrtkostenrückerstattung innerhalb Niedersachsens zu Bahncardpreisen minus 10 DM Eigenanteil.

Bitte früh anmelden bei Klaus (0171-1565629) oder klausssss@web.de

Brandanschlag auf den Infoladen Trier

Am Samstag, 4. August 2001, wurde auf den Infoladen Trier ein Brandanschlag verübt. Teile der Einrichtung wurden zerstört, obwohl die Feuerwehr relativ zügig eintraf. Laut Einschätzung der BetreiberInnen, kamen die Täter aus der rechtsextremen Szene. Um den entstandenen Schaden zu beheben, sind mal wieder finanzielle Mittel oder Sachspenden vonnöten. Also, spendet an: Infoladen Trier, Kontonr.: 330149, Volksbank Trier BLZ: 58560103 oder wendet Euch an trier@infoladen.de.

Veranstaltung der Sozialpolitischen Opposition: KUNST AM SozialabBAU – die etwas andere Rot-Grün Bilanz

In der heißen Wahlkampfphase wird der rot-grüne Senat seine geschönte Bilanz seiner vierjährigen Regierungstätigkeit ziehen. Die Sozialpolitische Opposition (SOPO) hält den offiziellen Bilanzen eine kritische Rot-Grün Bilanz entgegen. Denn was die Einsparungen gerade in den sozialen Bereichen für Folgen für die Menschen haben, davon wird in den offiziellen Bilanzen nicht die Rede sein.

Die SOPO hat daher die verschiedenen „kunstvollen" Auswucherungen behördlicher „Kreativität" zusammengetragen und wird diese in Form einer Kunstausstellung präsentieren. Es werden skurille bzw. skandalöse Behördenschreiben und Behördenprogramme als das gezeigt, was sie sind: als KUNST AM SozialabBAU.

Schon im Februar hatte die SOPO in einer Pressemitteilung auf die rigide Bewilligungspraxis der Sozialämter hingewiesen. Daß dies nicht etwa alles Ausnahmen sind, sondern vielmehr Ausdruck einer ungerechten Sozialpolitik und struktureller Benachteiligung, soll durch die Ausstellung deutlich werden. In zunehmenden Maße werden ärmere und schwächere Menschen gezielt „bespart". Die „Beratungs- und Bewilligungspraxis" sieht oft so aus, daß zunächst nur mündliche Absagen erteilt werden. Umfassende Beratung findet kaum noch statt. Die eingeforderten schriftlichen (Ablehnungs-) Bescheide, die in der Ausstellung gezeigt werden, stellen daher wohl auch nur die Spitze des Eisbergs dar.

Die SOPO bleibt bei ihrer Forderung: die Sicherstellung einer menschenwürdigen Teilhabe am gesellschaftlichen Leben muß durch eine gerechte Sozialpolitik gewährleistet bleiben, die sich an den Bedürfnissen der Menschen und nicht an behördlichen Vorgaben orientiert.

- die Ausstellung läuft vom 30. August bis zum 4. Oktober 2001
- im kleinen Zinken, Rothestr. 50 in Ottensen
- Gezeigt wird: eine feine Auswahl häßlicher Behördenpost, eine Fotoausstellung von Marily Stroux und weitere, sehenswerte Überraschungen

Sonderveranstaltung: Kabarett und Lesung

- Am 6.9. um 20 Uhr, Einlass 19.30 Uhr
- In der Motte, Eulenstr.43
- Lesung von häßlicher Behördenlyrik mit Henning Venske und Angelika Landwehr
- Kabarettprogramm mit Herrchens Frauchen, den Dreckschleudern und dem Hohlkopftheater

Schwarz – 2. Anarchistische Woche vom 22.9. bis 7.10.2001 in Hannover

Vom 22.9. bis zum 7.10. findet in Hannover die zweite anarchistische Woche statt. Geboten wird ein reichhaltiges Programm aus Diskussion, Film, Essen und Tanz – und natürlich: Action. Organisiert wird das Ganze von Gewaltfreie AnarchistInnen/Graswurzelrevolution und der FAU OG Hannover. Die ausführliche Veranstaltungsbroschüre erhaltet Ihr wahrscheinlich im Schwarzmarkt, oder digital nachgucken bei www.fau.org/a-wochen.html bzw. mailen an anarchistische_wochen@gmx.de

I.G. Farben auflösen! Sofort!

„Die jährliche Aktionärsversammlung der "I.G. Farbenindustrie AG in Abwicklung" (I.G. Farben i.A.) wird diesmal am 17. September in Frankfurt a. M. stattfinden, obwohl sich die I.G. Farben auf Anordnung der Alliierten schon vor über 50 Jahren hätte auflösen sollen. In ihrem firmeneigenen KZ Auschwitz-Monowitz wurden mindestens 30.000 ZwangsarbeiterInnen ermordet. Mit Zyklon B, produziert von der Degesch, an der I.G. Farben maßgeblich beteiligt war, wurden Millionen Menschen umgebracht. Darüber hinaus wäre ohne I.G. Farben der deutsche Angriffs- und Vernichtungskrieg nicht möglich gewesen" heißt es im Aufruf zur diesjährigen IG Farben Aktionärsversammlung und weiter: „Die Auflösung von I.G. Farben i.A. bleibt unsere zentrale Forderung, doch in dieser Zeit der Neudefinition der deutschen Nation muß sich unser Protest auch gegen eine Entwicklung richten, die Jean Amery schon vor 30 Jahren prognostizierte:

"Aber die solcherart von einem hochzivilisierten Volk mit organisatorischer Verläßlichkeit und nahezu wissenschaftlicher Präzision vollzogene Ermordung von Millio-

nen wird als bedauerlich, doch keineswegs einzigartig zu stehen kommen..." und "...wird untergehen in einem summarischen ‚Jahrhundert der Barbarei'. Als die wirklich Unbelehrbaren, Unversöhnlichen, als die geschichtsfeindlichen Reaktionäre im genauen Wortverstande werden wir dastehen, die Opfer, und als Betriebspanne wird schließlich erscheinen, daß immerhin manche von uns überlebten. (...)
Ein stolzes Volk, immer noch. Der Stolz ist ein wenig in die Breite gegangen, das sei zugegeben. Er preßt sich nicht mehr in mahlenden Kiefern heraus, sondern glänzt in der Zufriedenheit des guten Gewissens und der begreiflichen Freude, es wieder einmal geschafft zu haben. (...) Aber es ist der Stolz von einst, und es ist auf unserer Seite die Ohnmacht von damals. Wehe den Besiegten."

Das I.G. Farben Vermögen für die ehemaligen ZwangsarbeiterInnen!
Keinen Frieden für NS-Profiteure!
Kein Vergeben, Kein Vergessen!

Aktion gegen die I.G. Farben Aktionärsversammlung
Montag, 17. September 2001, um 8:00 Uhr
Kundgebung in Frankfurt am Main
Stadthalle Bergen-Enkheim
Marktstraße 15

Erstunterzeichnerlnnen:
Bundesweites Bündnis gegen I.G. Farben,
Berliner Bündnis gegen I.G. Farben,
Coordination gegen BAYER-GEFAHREN,
Dachverband der Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre,
Frankfurter I.G. Farben Gruppe,
Kampagne "Nie wieder!",
Peter Gingold, Bundessprecher der VVN-BdA,
Hamburger Bündnis für die Entschädigung der ehemaligen ZwangsarbeiterInnen,
Marburger Bündnis gegen I.G. Farben,
PDS Kreisverband Frankfurt am Main

Demo gegen den Abschiebeknast Büren am 3. Oktober

3. Oktober, 12 Uhr Einfahrt Abschiebeknast Büren
Wegbeschreibung: Ausfahrt Autobahnkreuz A33 / A44 Wünnenberg-Haaren, 500m Richtung Brilon, Abfahrt rechts Richtung Büren, nach 3 Km parken.
Infos und Plakate / Aufrufe unter: www.aha-bueren.de oder Fon: 05251/690574
Spendenkonto: 116 080 474 bei der Sparkasse Münster, BLZ 400 501 50
Es rufen auf: Antirassistische und antifaschistische Gruppen



Dokumentation I:

WER SIND HIER DIE TERRORISTEN

DASS DIE POLIZEI, ALS VOLLSTRECKER, AUCH GEZIELT MENSCHEN ERMORDET, IST STANDARD. SELTENER IST ES SO ÖFFENTLICH WIE IN GENUA UND GÖTEBORG, AUF DIE DIE DEUTSCHEN MEDIEN GERADE SO VIEL AUFMERKSAMKEIT GERICHTET HABEN. DA WIRD SO GETAN, ALS OB ES WEN KÜMMERN WÜRDE, DASS DIE POLIZEI DIE TERRORISTEN SIND. KLAR, DAS SIEHT NICHT SCHÖN AUS, SO ÜBERALL BLUT. LIEBER DIE STILLERE METHODE: SEDIEREN DER BEVÖLKERUNG MIT NICHTIGKEITEN UND VERBLÖDUNG, UND WER DANN NOCH AUFBEGEHRT WIRD ISOLIERT. DEUTSCHES KONZEPT EXPORTSCHLAGER. UM DER WUT GEGEN DIESES KURSDIKTIERENDE SYSTEM AUSDRUCK ZU VERLEIHEN, WURDE AM 2. AUG., NACHTS, AN DEN TOREN DES POLIZEIVEREINS IM SCHANZENPARK FEUER GELEGT.
ES HÄTTE AUS SÄMTLICHEN PARTEIZENTRALEN, ZEITUNGSVERLAGEN, BANKEN, POLIZEISTATIONEN UND DIVERSEN ANDEREN OBJEKTEN LODERN SOLLEN...

FEUER UND FLAMME FÜR DIESEN STAAT

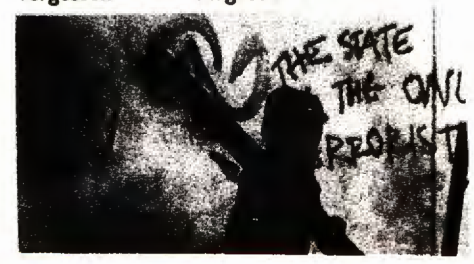
Dokumentation 2:

Wir haben Buttersäure in und vor der Wohnung des neuen Hamburger Innensenators und SPD-Landesvorsitzenden Olaf Scholz ausgegossen. Scholz, der von sich behauptet, „keine Beisshemmungen was Kriminelle in dieser Stadt betrifft" zu kennen, dürfte jetzt auch keine Kotzhemmungen mehr in seinen vier Wänden haben.
Er wohnt mit der SPD-Bürgerschaftsabgeordneten Britta Ernst in der Strasse Bei der Schilleroper I im zweiten Obergeschoss.

Die Aktion zielt auf vier Jahre repressiver rot/grüner Flüchtlingspolitik in Hamburg und aktuell auf das neue Handlungskonzept für St.Georg.
Olaf Scholz eröffnet ein neues Kapitel in der Verfolgung und Bestrafung von Flüchtlingen, die im Drogengewerbe arbeiten oder für DealerInnen gehalten werden. Der „Senator für Law and Order" (Scholz über Scholz) versucht, mit einer Politik der harten Haltung im Wahlkampfschlager der Inneren Sicherheit einen Wahlsieg von Rot/Grün im September zu retten. Maßnahmen, die noch vor wenigen Jahren nicht als durchsetzbar schienen, werden jetzt eingeführt. Konkret sieht das Scholzsche Handlungskonzept u.a. vor:

- Einführung des Einsatzes von Brechmitteln gegen des Drogendealens Verdächtigte. Noch zur Jahreswende hatte das Rechtsmedizinische Institut vor nicht unerheblichen Gesundheitsgefährdungen durch dieses an Folter grenzende Verfahren gewarnt. Die damalige Berliner und jetzige Hamburger Justizsenatorin Peschel-Gutzeit hatte 96, nach dem Tod eines mit Brechmitteln malträtierten Menschen in FFM, die Brechmittelvergabe zeitweilig gestoppt. Jetzt wird von allen Seiten grünes Licht gegeben. Durch jahrelange Hetze gegen „schwarze Dealer" ist der Boden bereitet worden, dieses erniedrigende Verfahren nach Berlin, FFM und Bremen auch in Hamburg einzuführen. Proteste der liberalen Öffentlichkeit sind kaum zu vernehmen, die grosse Mehrheit klatscht Beifall. Alle Verfahrensfragen sind geklärt. Demnächst sind die ersten Berichte über Brechmittelfolterungen zu erwarten.
- „Rückführung" von Flüchtlingen, die gegen die rassistische Residenzpflicht verstossen haben, durch einen privaten Sicherheitsdienst, der WAKO NORD, bekannt durch die Bewachung von AKWs und Abschiebeknästen.
- Einrichtung einer „Sicherheitswache" am Hbf, betrieben von Polizei, BGS und der Bahnschutz und Service GmbH (BSG). Weiter bekommt die Bahn AG für den überdachten Bereich des Bahnhofsvorplatzes ein Sondernutzungsrecht. Soll heissen, BettlerInnen und Junkies sollen durch private Sicherheitsdienste vertrieben werden.

Die von den Grünen als Erfolg gefeierte Genehmigung eines zweiten Druckraumes in St. Georg wird von DrogenarbeiterInnen als lachhaft bezeichnet, da das nicht ausreicht und schon seit langem beschlossen ist.
Schon im letzten Bürgerschaftswahlkampf hat die SPD versucht, sich als die Law-and-Order Partei zu profilieren. Und auch dieses mal soll das wieder so sein. Scholz hat den Job, das glaubwürdig zu verkaufen. Und so lässt er keine Gelegenheit aus: „Wir sind konsequenter als Bayern im Bereich der Abschiebungen" kommentiert er zum Beispiel die traurige Zahl von fast 2000 Abgeschobenen im letzten Jahr.
Statt im September rotgrünes oder bräunlich-schwarz-gelbes Brechmittel zu wählen ein anderer Tip: sich selbst organisieren und sich die Mittel aneignen, dieses System (irgendwann?) abzuschaffen.
KEINE BRECHMITTELFOLTER
WEG MIT DER RESIDENZPFLICHT
NO BORDER! NO NATION! STOP DEPORTATION
Der Mord an Carlo Giuliani wird nicht vergessen August 2001



Deutschland den Krieg erklären

Den zivilgesellschaftlichen Militarismus und die Neue Weltordnung angreifen!

Am 1. September 2001 wird die Zivilgesellschaft in Leipzig gegen eine Nazidemonstration aufmarschieren und des Weltfriedens gedenken. Das bgr (Leipzig) ruft die radikale Linke auf angesichts der Normalisierung einer militärischen Außenpolitik, die mit dem Krieg gegen Jugoslawien einsetzte und aktuell mit der Errichtung eines Protektorats Mazedonien fortgesetzt wird, die Inszenierung des zivilgesellschaftlichen Militarismus anzugreifen.

Bundeswehr auf dem Balkan

Das ehemalige Jugoslawien ist zum Symbol für die endgültige Überwindung der deutschen Niederlage im II. Weltkrieg geworden. Wo einst PartisanInnen gegen die Wehrmacht kämpften, werden heute wieder deutsche Soldaten von Menschen umjubelt, die als AlbanerInnen nach den alten ethnischen Teilungen in die damaligen Freund-Feind-Schemata AlbanerInnen, KroatInnen und MuslimInnen als PartnerInnen der deutschen Nazis, SerbInnen als deren GegnerInnen) passen. Volksgruppenpolitik und ethnische Säuberungen nach der Errichtung von Nato-Protektoraten inklusive.
Mit der Beteiligung am Kosovokrieg der Nato-Truppen gegen Jugoslawien hat Deutschland seine seit dem 8. Mai 1945 eingeschränkte Souveränität wieder voll hergestellt. Rücksichten auf die Geschichte werden nicht genommen. Die Tradition der Wehrmacht, in der sich die Bundeswehr sieht, ist keinesfalls mehr Anlaß zur Zurückhaltung. Der Einsatz der Bundeswehr gehört seit dem folgerichtig zu den gängigen außenpolitischen Instrumentarien. Wenn jetzt auch in Mazedonien deutsche Truppen stationiert werden, ist dafür schon kein besonderes Argument mehr nötig. Wurden bei der Entscheidung zum Krieg um den Kosovo noch gewichtige moralische Zwänge angeführt, so wird heute fast auf jede Begründung verzichtet.
Erst wird der Einsatz mit anderen Nato-Staaten abgesprochen, dann ist der Zwang zur Bündnistreue ausreichend, um einen Konsens über die Notwendigkeit der Militärexpedition zu erzeugen.
Die Geschwindigkeit dieser vorraussehbaren Normalisierung ist atemberaubend. Aber nachdem sich beim letzten Einsatz kein ernsthafter
Widerstand regte, wird die breite Zustimmung der deutschen Gesellschaft zu Kriegen jetzt berechtigter Weise vorausgesetzt. Der Streit um den Einsatz deutscher Truppen in Mazedonien entzündete sich deshalb nicht an der Frage, ob es hinreichende Gründe dafür gäbe. Schon gar nicht daran, ob es für eine deutsche Armee solche Gründe überhaupt geben kann und die Frage, ob eine deutsche Armee nicht prinzipiell zerschlagen werden sollte, ist heutzutage völlig verstummt. Der Streit um den Einsatz deutscher Truppen in Mazedonien entzündete sich an der Frage, ob die Bundeswehr nicht zuvor gestärkt werden müsse, um solche Einsätze "durchzuhalten". Es handelte sich nicht um eine Frage des Ob, sondern des Wie. Denn an der Legitimität militärischen Handelns besteht in der bundesdeutschen Gesellschaft kein Zweifel. Lediglich vereinzelte Abgeordnete der Grünen stimmen dem Einsatz nicht zu. Und die PDS fragt
nach bekanntem Muster, ob der Einsatz nicht besser unter der Hoheit der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) statt der Nato stehe. Widerstand sieht anders aus, obwohl solche Positionen in Deutschland gegenwärtig schon als links außen gelten.
Nicht einmal der Umstand, das allgemein Zweifel an der Einschätzung über die Dauer der militärischen Intervention gehegt werden, führt zu Kritik. Vielmehr sind sich alle einig, daß eine realistischere Einschätzung an der gesellschaftlichen Zustimmung nichts ändern kann. Der Einsatz deutscher Truppen ist unbedingt gewollt.

Deutschlands Rolle

Hintergrund dieser allgemeinen Zustimmung zum Instrument Bundeswehr in der Außenpolitik, ist das Bild von der Rolle Deutschlands in Europa und der Welt. Deutschland ist in der Eigenwahrnehmung eine, wenn nicht die, große Zentralmacht des europäischen Kontinents: politisch und ökonomisch. Diese Rolle kann aber nur dann wirklich ausgefüllt werden, wenn in ihr eine entsprechende militärische Potenz enthalten ist. Die Rückkehr Deutschlands zu einer uneingeschränkten Großmachtpolitik vollzieht sich heute im Rahmen von Bündnissen. Militärisch dominierend ist dabei gegenwärtig die Nato, während ökonomisch und politisch die EU der maßgebende Zusammenhang ist. Dieses Ungleichgewicht zeigt sich auch in der militärischen Ausrichtung deutscher Außenpolitik. Führt derzeit kein Weg an der Nato und damit den USA als Bündnispartnerinnen vorbei wird mit der zunehmenden Aufrüstung der Bundeswehr zu einer weltweit einsetzbaren Interventionsarmee auch die Stärkung der Westeuropäischen Verteidigungsunion (WEU) vorangetrieben.
Diese Einbindung in Bündnisse wird zur Legitimation von Militäreinsätzen genauso herangezogen, wie es die treibende Rolle der einzelnen Regierungen unklar werden läßt. Kriege wie gegen Jugoslawien werden dann nicht geführt, weil Staaten Kriegsgründe für gegeben erklären,
sondern weil im Rahmen internationaler Vereinbarungen und Anfragen Bündniserfordernisse geschaffen werden. In einer solchen Situation
kann eine radikale Linke entweder dazu übergehen, Hauptschuldige auszumachen, die dann wahlweise Deutschland oder USA heißen können. Sie kann aber auch realistischer dazu übergehen, den Charakter der Bündnisse zu begreifen und die Beteiligung an deren Überfällen mit ihnen zusammen zu kritisieren. Es geht darum sich nicht der Sachzwanglogik einer EU oder Nato zu beugen, in denen jede Regierung auf den Willen der anderen zur Legitimation ihres eigenen verweist.
Die bisher zur Rolle Deutschlands prononciert vorgetragenen Analysen sind entweder antideutsch oder antiamerikanisch geprägt. Dabei versucht die antideutsche Variante, die deshalb attraktiv ist, weil sie der alten Wahrheit, daß der Hauptfeind im eigenen Land zu suchen sei, zu ihrem Recht verhilft, Deutschland zur zentralen Macht in Nato und EU zu stilisieren. Die BRD hat in dieser Sicht dann die USA zu ihrem maßgeblichen Militäreinsatz gegen Jugoslawien mittels diplomatischer Schliche gedrängt. Wohingegen der antiamerikanische Antiimperialismus aus dem militärischen Gewicht der USA auf deren Dominanz in der Nato schließt und das massive deutsche Interesse an der gewaltsamen Zerschlagung Jugoslawiens, das weit über das tatsächliche Interesse der USA hinausgeht aus dem Blick verliert.
Gegenüber einem sympathischen, aber realtätsfernen Antideutschtum oder dem im Rahmen der Antiglobalisierungsproteste neu erstarkenden Antiamerikanismus hat ein die Rolle supranationale Bündnisse analysierender Ansatz also den Vorteil, nicht auf Verschwörungs- und geheimnisvolle Dominanztheorien zurückgreifen zu müssen. Statt dessen rückt für uns mit der Ablehnung eines
Bündniszwangs, dem die BRD unterliegen soll, eine Kritik der deutschen Zivilgesellschaft als Subjekt des politischen Willens zum Krieg ins Zentrum der Antikriegspolitik. Diese Gesellschaft ist es schließlich, die durch ihre Zustimmung zum Projekt der europäischen Zentralmacht Deutschland, die Militäreinsätze im Rahmen der Nato erst möglich macht. Erinnert sein nur an die Aussage des Nato-Sprechers Jamie Shea während des Krieges um den Kosovo, ein Verlust der öffentlichen Zustimmung in der BRD hätte den Verlust der Zustimmung im gesamten Bündnis nach sich gezogen.
Doch diese Zustimmung zu einem militärisch agierenden Großdeutschland, daß seine Werte und Interessen weltweit durchsetzt, ist derzeit
von niemandem in Frage gestellt. Die rassistischen Diskurse, die eine moralische, geistige, ökonomische und politische Überlegenheit

"Kerneuropas" behaupten, geben diesem Denken eine zusätzliche Legitimation. Wenn wir davon sprechen den Militarismus der Zivilgesellschaft anzugreifen, bedeutet dies für uns also auch, gegen die Großmachtsphantasien und das sie stützende rassistische Weltbild vorzugehen. Im Gegensatz zu den traditionellen linken Kritiken an einer Bündniseinbindung der BRD geht es unserer Kritik nicht um eine Stärkung nationalstaatlicher Souveränität. Diese sehen wir im Gegenteil gegenwärtig gerade in den Bündnissen schon verwirklicht und damit als wesentlichen Teil des Problems. Unser Ziel kann nicht heißen "Ami go home", sondern Deutschland zerschlagen.

Der Materialismus der Neuen Weltordnung

Doch die herrschende Weltordnung ist keine isolierte Tatsache moralischer Überlegenheitsgefühle und kultureller Dominanzbestrebungen.

Ihre Entwicklung ist auch die einer ökonomischen Dominanz, in der sich verschiedenen Zonen ökonomischer Zusammenhänge bilden. Die Umgestaltung Mittelamerikas im Rahmen der NAFTA ist dafür genauso ein Beispiel wie der ASEAN Verbund oder die Entwicklung der EU zu einem neuen sozioökonomischen Gebilde, das zur US-amerikanisch dominierten Zone in Konkurrenz steht.

Die Neuaufteilung der Welt in sozioökonomischen Zonen bringt eine neue Stufe der weltweiten Durchsetzung des Kapitalismus mit sich.

Verwirklicht wird nicht nur die Durchsetzung einer bestimmten Produktions- und Verwertungsordnung, die sich durch internationale Konkurrenz entwickelt. Die neuen Zonen sind geprägt von einer direkten Verwirklichung politischer, sozialer und ökonomischer Normen. Sie sind damit Ausdruck postimperialistischer Dominanzverhältnisse, die nicht desto trotz die alte Ordnung reicher und armer Zonen aufrecht erhalten soll. Die alten imperialistischen Staaten, sind immer noch die Zentren dieser Ordnung. Hier werden die Regeln festgelegt und ihre Einhaltung wird von hier aus militärisch zementiert.

Wenn - wie z.B. im ehemaligen Jugoslawien geschehen - sich ein Land nicht an die herrschenden Spielregeln halten will, so muß es mit Konsequenzen rechnen. Die Verletzung der Menschenrechte wird von verschiedenen Nato-Staaten zum Grund genommen, Krieg zu führen.

Menschenrechte sind dabei als Code für die Weltordnung zu verstehen und damit kein isoliertes Kriterium für einen Kriegseinsatz, sondern legitimatorischer Universalitätsanspruch des als überlegen präsentierten bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaftsmodells.

Deutschland ging in seinen Bestrebungen, endlich einen Quasi-Großmachtstatus zu erhalten, einen Schritt weiter. Als nämlich die Frage nach der Legitimation des ersten deutschen Kriegseinsatzes seit 1945 gestellt wurde, lautete die Antwort: Nie wieder Auschwitz! So richtig dieser Satz an sich auch ist, diente der Bezug auf die Vergangenheit hier nur dazu, deutsche Träume zu beflügeln. Alle, die als Repräsentanten einer anderen Ordnung der Verwirklichung deutscher Vorstellungen im Weg stehen, müssen damit renen, wenn dies zur Legitimation des Kampfes gegen sie notwendig erscheint, als neuer Hitler gebrandmarkt zu werden. Für die deutsch-nationale Zivilgesellschaft bedeutet, daß das neue Deutschland aus der Vergangenheit wirklich gelernt hat, daß ihm deswegen eine neue Rolle in der Welt gebührt. Kriege Deutschlands werden jetzt mit der moralischen Rechtfertigung der Verhinderung eines neuen Auschwitz bedenkenlos der Bevölkerung vermittelt, auch wenn sie einem ganz anderen Zwecke dienen: Deutschlands neue Vormachtstellung im Weltsystem festzuschreiben und auszubauen.

Im Sinne dieses Ziels lassen sich auch die ökonomischen Motivationen einer militärischen Zerschlagung Jugoslawiens genauer fassen. Mit der kriegerischen Aufteilung des ehemaligen Jugoslawiens in Kleinstaaten ging die Ausweitung der DM-Euro-Zone einher. Derzeit verfolgen alle aus diesem Krieg hervorgegangenen Staatengebilde, die sich als Ausdruck autonomer "Volksgruppen" konstituierten, das Ziel einer Integration in die EU.

Damit ist es gelungen, den Balkan zur direkten Einflußzone der sich erweiternden EU werden zu lassen. Die Unterordnung dieser europäischen Region unter die politische und wirtschaftliche Führung Deutschlands kann heute als durchgesetzt betrachtet werden. Durch die Beteiligung am Wiederaufbau der zerstörten Region profitiert die europäische und vor allem die deutsche Wirtschaft zusätzlich.

In diesem Zusammenhang gewinnen auch all jene Analysen ihre Bedeutung, die auf die besonders treibende Rolle der BRD bei der Sezession einzelner Gebiete von Jugoslawien hinweisen. Die schnelle Anerkennung Sloweniens und Kroatiens durch die BRD sind dafür genauso Belege wie die Unterstützung der UCK. So ist auch zu verstehen, warum die USA im Rahmen der Nato auf eine militärische Eigenvertretung der EU bei der Durchsetzung europäischer Interessen drängen. Denn die entstandenen politischen und wirtschaftlichen Abhängigkeiten bis hin zur Verwaltung eines Protektorats wie gegenwärtig im Kosovo nützen in erster Linie Deutschland bzw. der EU.

Widerstand! Gegen imperialistischen Antifaschismus und die Zivilgesellschaft

Für uns kommt es gegenwärtig vor allem darauf an, mit zu beginnen, den Widerstand gegen die neue Großmachtpolitik zu organisieren.

Dafür ist es notwendig, den kapitalistischen Charakter der neuen Weltordnung genauso im Blick zu behalten wie den imperialistischen Universalismus bürgerlicher Werte, auf den sich ihre Legitimation stützt.

Wenn heute in Den Haag ein internationaler Gerichtshof der Allianz gegen Jugoslawien Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit von Slobodan Milosovic und anderer verurteilen will, werden die Parallelen zum Nürnberger Prozeß gesucht. Der imperialistische Antifaschismus ist also kein rein deutsches Phänomen. Er kann nach Belieben zur Rechtfertigung des Krieges gegen die eine oder die andere Seite benutzt werden. Wie beliebig die Zuschreibungen dabei sind zeigt sich am Beispiel der UCK, die im Kosovo - als es um dessen Abspaltung von Jugoslawien ging - als legitime Vertretung einer von "ethnischen Säuberungen" bedrohten "albanischen Volksgruppe" galt. In den Auseinandersetzungen im unmittelbar angrenzenden Mazedonien ist dieselbe UCK plötzlich zu einem marodierenden Haufen Terroristen geworden, die für das völkische Projekt eines Großalbaniens kämpfen, an dessen Erstarken in der Region kein wirkliches Interesse im Rahmen der Europastrategien besteht. Obwohl die Vergleiche mit Hitler und dem nationalsozialistischen Deutschland nicht als spezifisch für die BRD gelten können, haben sie hier jedoch eine andere Bedeutung als in den Staaten der Alliierten des II. Weltkriegs. In der BRD ist die Relativierung des Nationalsozialismus immer Teil des nationalen Projekts. Der deutsche Regierungsantifaschismus, wenn er im Rahmen des imperialistischen Universalismus verwand wird, ist dann plötzlich ein Instrument völkisch orientierter Politik.

Dem widerspricht die Gegensätzlichkeit zwischen Zivilgesellschaft und Nazibewegung nur scheinbar. Die Zivilgesellschaft vertritt eine andere Spielart des deutschen Nationalismus. Sie präsentiert sich quasi als Gegengewicht zum völkischen Nationalismus der Nazis und kann daher mit diesem nicht mitgehen. Sie erwartet heute, dass Deutschland, nachdem es sich als "geläutert" präsentiert hat, auf anderem Wege eine führende Macht in Europa und der Welt wird. Das Großmachtstreben Nazideutschlands und der BRD stehen sich in der Strategie der Verwirklichung konträr gegenüber. Deshalb stören die Nazis mit ihrer Ablehnung der Nato und ihrem positiven Bezug auf den Nationalsozialismus bei der Umsetzung des nationalen Projekts Großmacht Deutschland nur. Wenn am 1. September die Nazibewegung und die Zivilgesellschaft aufeinander treffen, wird die gesellschaftliche Situation offensichtlich, in der die BRD zum Beginn des 21. Jahrhunderts wieder zur Militärmacht geworden ist. An diesem Punkt gilt es für uns zu verdeutlichen, daß der zivilgesellschaftliche Antifaschismus ein imperialistisches Projekt ist, das zur Definition von Situationen genutzt werden kann, in denen die kapitalistisch-bürgerliche Ordnung militärisch durchgesetzt werden soll.

Die radikale Linke, die sich in den letzten Jahren maßgeblich als Antifabewegung definiert hat, kann heute nicht einfach nur

gegen die Nazibwegung vorgehen. Sie muß ihren Begriff von Antifa verteidigen, indem sie gegen den Militarismus vorgeht, der sich in der BRD neuerdings hinter ehemals explizit linken Forderungen verbirgt. Alle Angriffe, die wir am 1. September gegen Nazis und die Zivilgesellschaft unternehmen, stehen unter Imperativ "Deutschland den Krieg erklären!".

Damals wie heute: Desaster Area in Leipzig

Am 1. September, dem Tag, an dem sich der Überfall der deutschen Wehrmacht auf Polen zum 52. Mal jährt, wollen die freien Kameradschaften um Thomas Wulff und Steffen Hupka erstmals wieder seit dem 1. Mai 1998 in Leipzig einen Naziaufmarsch organisieren.

Sie wählten als Motto: "1. September - damals wie heute: für Freiheit, Frieden und Selbstbestimmung." Im Aufruf wird Deutschlands alleinige Kriegsschuld geleugnet. Deutschland wird vom Täter zum Leidtragenden umgedeutet, wodurch Opfermythen erhalten und transportiert werden.

Mit diesem Motto wählten die Anmelder eine Thematik, die in der Naziszene zum einen hoffähig und zum anderen wenig kontrovers ist.

Doch was sie darunter verstehen, wird vor folgendem Hintergrund deutlich: Für den Ausbruch des zweiten Weltkrieges machen die Nazis "kapitalistisch-imperialistische Kräfte" verantwortlich, Deutschland soll "in den Krieg gestürzt" worden sein. Dieselben Mächte (im Aufruf nicht näher benannt, aber im Kontext des nationalsozialistischen Duktus durchaus als "jüdischer Weltimperialismus" zu entschlüsseln) morden angeblich seit 1945 in der Welt, zetteln Kriege an und "schicken auch jetzt deutsche Soldaten für ihre Interessen in fremde Länder". Freiheit und Frieden bedeuten in dieser Lesart die national geprägte Freiheit Deutschlands, den Frieden eines deutschen, völkischen Imperialismus. Selbstbestimmung steht also vor allem für die Unabhängigkeit Deutschlands von Kooperationsstrukturen mit anderen Staaten. Der "Antikapitalismus", den die Nazis vertreten, ist ein antisemitischer. Kritisiert wird nicht die kapitalistische Produktionsweise an sich, kritisiert wird die Herrschaft der Interessen derer, die Kapital besitzen und von seinen Erträgen leben. Dabei gehen sie noch einen Schritt weiter und schreiben diese Herrschaft einer bestimmten Menschengruppe, den Jüdinnen und Juden zu. Angestrebt wird ein Modell, in dem Entscheidungen im Sinne der "Volksgemeinschaft" fallen, eine Wirtschaft also, die genau diesen völkisch-nationalen Interessen dient. Das erklärt, warum Kriegseinsätze Deutschlands unter der Nato abgelehnt werden: Sie wird als Instrument betrachtet, mittels dessen die "kapitalistisch-imperialistischen Kräfte" (namentlich die USA) Deutschland an sich binden. Wenn Deutschland also heute um eine führende Rolle in der Welt ringt, so macht es sich im Verständnis der Nazis zum Instrument der fremden kapitalistischen Mächte.

Für den übergroßen Teil der Gesellschaft, der sich auf bürgerlich-demokratische Normen verpflichtet sieht, ist die Schuld am zweiten Weltkrieg nicht bei den "kapitalistisch-imperialistischen Kräften" der Nazidiktion zu suchen, sondern bei "den Nazis" selbst, die gewissermaßen das deutsche Volk verführt und ins Unglück gestürzt haben. Entgegen der zu Nazideutschland bestehenden Kontinuität versucht die Mehrheit der Deutschen ihre Mitschuld und ihr Mitwirken an den Verbrechen Nazideutschlands auf Einzeltäter abzuwälzen. Daß von Deutschen während der "Blitzkriege" mit der Wehrmacht begeistert über Europa hergefallen wurde, um neuen "Lebensraum zu schaffen", wird aus dem Bewußtsein der deutschen Geschichte verdrängt. Statt dieser Tatsachen wurden mit den Naziführern Schuldige gefunden und die Zivilgesellschaft kommt um eine angemessene Auseinandersetzung mit der deutschen Geschichte am 1. September bequem drum herum.

Die Gegenaktivitäten der Zivilgesellschaft werden sich vorhersehbarer Weise auf ein friedliches Fest gegen die Nazis und Gewalt beschränken. So wird sich das zivilgesellschaftliche Engagement in Leipzig an diesem Datum darauf reduzieren, den Nazis zu zeigen, daß sie unerwünscht sind und ein Opfergedenken zu zelebrieren, bei dem sich das neue Deutschland als Resultat der Lehren aus Nationalsozialismus und Weltkriegen präsentieren kann. Die Abgrenzung von den Nazis und ihren Forderungen, dient dabei dem Beweis, daß in der BRD jene notwendigen demokratischen Prinzipien verwirklicht seien, die von den Nazis noch immer nicht begriffen wurden. Und wenn an diesem 1. September der Jahrestag des Überfalls auf Polen thematisiert wird, dann nicht um eine neuerliche Kriegsbeteiligung Deutschlands zu verhindern. Denn die versammelte Zivilgesellschaft hat gerade nicht im Sinn, gegen deutschen Krieg und erneute Großmachtphantasien aufzutreten. Könnte sich eine radikale Linke mit einer konsequenten Ablehnung der Nazibewegung und ihrer Ideologie noch anfreunden - mit der Motivation dafür, die den Universalismus des zivilgesellschaftlich-demokratischen Militarismus wesentlich enthält, kann sie es nicht.

Deutschlands aktueller Antifaschismus, der nach außen getragen wird, muß auch im Innern gelten, sonst würde er jede Glaubwürdigkeit einbüßen. Die Einsätze der Bundeswehr sind an eine hohe Zustimmung innerhalb der Bevölkerung gebunden, die z.B. im Falle des Kosovokrieges gegen Jugoslawien über systematische Desinformation und Vergleiche der jugoslawischen Politik mit den Verbrechen des Nationalsozialismus erreicht wurde. Wenn Massaker zum Beweis "ethnischer Säuberungen", KZs und Selektionen erfunden wurden, die späteren Recherchen alle nicht standhielten, muß zumindest der antifaschistische Ansatz, da wo er mit offensichtlichen Nazis konfrontiert wird, durchgehalten werden. Dies fällt um so leichter, da die Nazis versuchen, in die Gesellschaft ihr der Neuen Weltordnung mit ihren supranationalen Interventions- und Durchsetzungsstrategien unangemessenes Modell zum Erlangen deutscher Größe hineinzutragen.

Der Weg der Nazibewegung zur deutschen Großmacht ist nicht einfach eine Radikalisierung der ohnehin ablaufenden und gerade aus Sicht des Erlangens eines Großmachtstatus sehr erfolgreichen Prozesses. Er widerspricht ihnen wesentlich, so daß sich beide Konzepte unvereinbar gegenüber stehen. So würde es schließlich auch bei den PartnerInnen im Ausland auf Unverständnis stoßen, wenn dem Treiben der Nazis nicht etwas entgegengesetzt würde. Um das Bild des geläuterten Deutschlands zu erhalten, muß etwas getan werden: das heißt, die Zivilgesellschaft wird mobilisiert, oder deren VertreterInnen, wie zum Beispiel Gewerkschaften, Parteien links der CDU, Kirchen usw.

Sicherlich wird es auch in Leipzig derartige Aktivitäten geben. Es wird sich also eine auf den ersten Blick recht paradoxe Situation ergeben:

Die Nazis, die für ihr mächtiges Deutschland aufmarschieren, werden von der versammelten Zivilgesellschaft empfangen, die ihre Visionen einer Rolle Deutschlands in Europa verteidigen.

Es ist also essentiell, an diesem Tag ein mehrgleisiges Konzept zu fahren. Wir müssen den Nazis zeigen, daß sie noch mit uns zu rechnen haben. Wenn die Zivilgesellschaft zu ihren alten Konzepten der Ignoranz oder demokratischen Konkurrenz zur Nazibewegung zurückkehrt, gilt den Nazis, ihrer menschenverachtenden Ideologie und Praxis noch immer unser Haß! Die lokale und überregionale Szene will sich an neuerliche Aufmärschen wieder organisieren und hofft so, einen Aufschwung zu bekommen. Ihr Ziel ist es, im Rahmen der Kameradschaftsstrukturen den militanten Nazicliquen ein Gefühl von Handlungsmöglichkeiten nach innen und außen zu vermitteln. Gelingt es uns erneut, den Naziaufmarsch erneut massiv zu be- oder gar zu verhindern, wird das für die versammelten Kameraden eine demotivierende Wirkung haben.

Weiterhin ist es für uns notwendig, eine klare Abgrenzung zu den versammelten BürgerInnen zu ziehen. Denn das Projekt für das sie stehen fordert ebenfalls unseren Widerstand. Zum einen stellen ihre Aktivitäten gegen nazistische Tendenzen in Deutschland nur eine Abgrenzung im Rahmen eines eigenen nationalen Großmachtstrebens dar. Zum anderen zeigt genau der wenig erfolgversprechende Ansatz der Nazibewegung, daß die Nazis im Moment eine gesellschaftlich eher unbedeutende Rolle einnehmen, weil es ihnen in ihrer augenblicklichen Position nicht gelingt, ihre Inhalte in die Gesellschaft zu tragen. Diese Zivilgesellschaft stellt zur Zeit die übergroße Mehrheit der Bevölkerung dar (auch

wenn natürlich Unterschiede zwischen einer rot-grünen Regierungspolitik und den Gegebenheiten in den Provinzen immer noch eine weitgehenden Konsens der Nazibewegung mit dem "gesunden, deutschen Menschenverstand" erhalten), die damit in der Lage ist, ohne Nazis als Stichwortgeber ihre Visionen umzusetzen. Das heißt, daß wir uns an diesem Tag auch stark mit dem zivilgesellschaftlichen, geläutert erscheinenden Deutschland auseinandersetzen müssen, statt nur mit dem Aufmarsch der Nazis. Wir können und müssen uns am 1. September den Nazis entgegenstellen, aber genauso die versammelte Zivilgesellschaft angreifen.

Deutschland den Krieg erklären!
Desaster Area in Leipzig

07.08.2001
eine Initiative des Bündnis gegen rechts Leipzig



Die Hamburger Betroffenen aus Genua - Stellungnahme des EA Hamburg

Eine kurze Chronologie

Am frühen Morgen des 22.7.2001 werden bei der Erstürmung der Diaz-Schule in Genua auch fünf HamburgerInnen gefangen genommen.
Das Vorgehen der Einsatzkräfte ist von rigoroser Härte gekennzeichnet. Die anwesenden GipfelgegenerInnen leisten keinerlei Widerstand. Ein Teil schläft, die anderen heben sofort die Hände in die Höhe. Doch die Polizei ist in erster Linie nicht an Durchsuchungen oder schnellen Festnahmen interessiert, sie will verletzen.
Sofort begintt eine hemmungslose Knüppelei auf alles und JedeN. Die Einheiten kämpfen sich regelrecht durch alle Etagen bis zum Dach vor, wobei sie den Menschen schlimmste Verletzungen zufügen. Viele werden bis zur Besinnungslosigkeit geschlagen, erleiden Arm-, Bein-, Schädel- und Kieferbrüche oder andere Verletzungen.
Die italienischen Behörden verhängen noch am Sonntag eine faktische Nachrichtensperre. Niemand weiß, wo die Inhaftierten und Verletzten gefangengehalten werden.
Der Ermittlungsausschuss Hamburg nimmt, wie andere EAs in Deutschland auch, seine Arbeit zu Genua unmittelbar nach diesen Ereignissen auf.
In den folgenden Tagen wird zusammen mit den Angehörigen auf die Freilassung der Betroffenen hingearbeitet.
Am Nachmittag des 25.7. wird klar, dass alle HamburgerInnen bis auf eine Schwerverletzte, die nicht transportfähig ist, abgeschoben werden sollen. Am 26.7. um 3.30 Uhr werden die vier HamburgerInnen aus Italien ausgewiesen. Bis auf das, was sie am Körper tragen, müssen sie alles zurücklassen. Sie erhalten ein fünfjähriges Einreiseverbot. Die fünfte Hamburgerin kann das Krankenhaus eine Woche später verlassen und zurückreisen.
Es ist zur Zeit noch unklar, ob noch Verfahren in Italien gegen die HamburgerInnen anhängig sind.
Alle Betroffenen sind sich darüber einig, dass die Ereignisse juristische und politische Folgen haben müssen

Was geht

Zur Zeit werden die Widersprüche gegen die Einreiseverbote bei den italienischen Behörden eingereicht. Danach werden Strafanzeigen gegen die Einsatzkräfte auf den Weg gebracht und Schadensersatzansprüche formuliert.

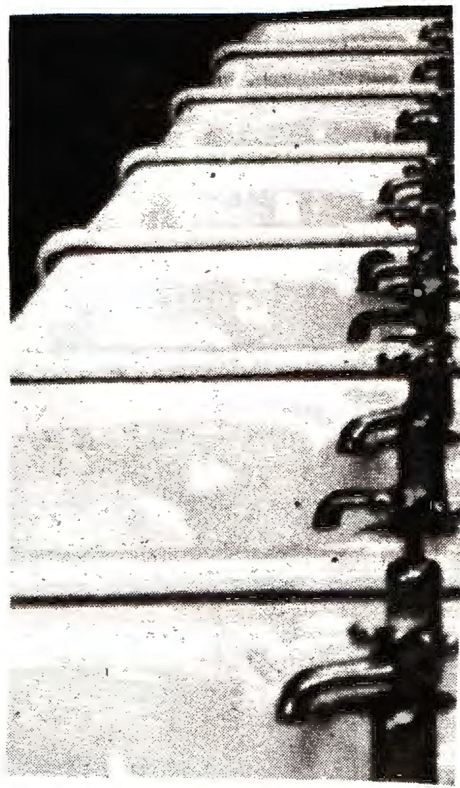
Die juristischen Schritte werden sehr viel Geld kosten. Bitte spendet auf folgendes Konto: Archiv für soziale Bewegungen Norderstedt e.V., Konotnr.: 466 514, Norderstedter Bank, BLZ: 200 691 11, Verwendungszweck: Genua

Desweiteren sitzen noch immer Menschen in Italien im Knast. Sie brauchen unsere Unterstützung. Schreibt ihnen, schickt Bücher usw. Die Namen und Adressen erfahrt ihr vom EA Hamburg.

Knackig analysiert

Markiert Genua nach der Tötung eines Demonstranten und den eben geschilderten Vorfällen nun einen Wendepunkt bezüglich des Vorgehens der Polizei bei dieser Art von Gipfeltreffen oder sonstigen Demonstrationen ? Sicherlich nicht.
Dass es zu solchen Gewalttaten kommt, ist kein Zufall, sondern direkte Folge der gesellschaftlichen Verhältnisse der sogenannten „zivilisierten Welt". Gesellschaften, die das menschliche Zusammenleben, ihre Ökonomie und politischen Partizipationsmöglichkeiten hierarchisch, letzlich also strukturell gewaltätig, organisieren, bieten immer die Option, Konfliktsituationen handgreiflich zu entscheiden.
Wenn eine Demokratie in erster Linie wehrhaft ist, ist sie nicht nur keine Demokratie mehr, sondern in Situationen wie Demonstrationen eine ernsthafte Bedrohung für die Menschen, die offensiv für eine solidarische Gesellschaft kämpfen.
Widerstand ist also kein Kinderspiel, das wissen wir nicht erst seit Genua, aber trotzdem kann vielleicht nicht einfach so weitergemacht werden wie bisher, wenn wir wissen, dass die Gegenseite die militärische Eskalation beliebig weitertreiben kann.
Der heimliche Vorwurf, insbesondere vieler Medien, das militante Vorgehen des Schwarzen Blocks hätte zur Tötung eines Demonstranten geführt, verdeckt, dass es den Einsatzkräften in einer konkreten Situation egal ist, wen sie töten. Die Gegenseite unterscheidet nur formell zwischen gewaltfrei und militant. Das, was ihnen als Widerstandsform am gefährlichsten erscheint, wird auch am schärfsten bekämpft. Mit allen Mitteln.

Ermittlungsausschus Hamburg c/o Schwarzmarkt, Kl. Schäferkamp 46, 20357 Hamburg
Telefonische Sprechzeit außerhalb von Demos jeden Montag von 20-21 Uhr
Tel.: 040/43278778
echt, Leipzig



Wahlkampf und Innere Sicherheit

Kotzen für die Innere Sicherheit der Bürger

Der erste Brechmitteleinsatz in Hamburg endete mit einer großen Enttäuschung: Anstatt kiloweise Koks zu kotzen, schluckte der als Dealer Verdächtigte das Erbrochene wieder herunter. Anstatt die dünne Rationalisierung für das Straf- und Vernichtungsbedürfnis von Politik, Medien und Bevölkerung in Form einiger Kokskügelchen in den Händen zu halten, mußte der "Vomitivmitteleinsatz" abgebrochen werden. Anstatt also die innere Sicherheit des bürgerlichen Gemüts mittels staatlicher Folter Nicht-Deutscher wieder hergestellt zu haben, blieb der Bürger so unglücklich wie zuvor. "Brechmittel: Warum wirkt es in Hamburg nicht ?", titelte frustiert das Hamburger Abendblatt am 23.08.2001. War etwa alles umsonst, die ganze Hetze und rassistische Kampagne, der das Abendblatt jahrelang seine Energie zu schenken schien. Da hatte man schon über entsprechende Artikel darauf gedrungen, daß der beschlossene Brechmitteleinsatz noch vor den Wahlen stattzufinden habe, die SPD war dem auch willfährig nachgekommen, und dann ? Nichts war es mit dem Genuß, Schwarzafrikaner kotzen zu sehen und die Legitimation für die Folter danach in den Händen zu halten.

Smells Like Pogrom Spirit

Ist der Rassist aber mal auf den Geschmack gekommen, kennt er kein Halten mehr. Das Scheitern einer Handlung führt nur dann zur Überprüfung des beschrittenen Weges, wenn ihr Ausgangspunkt ein rationaler gewesen war. Was ist das Problem und welche Mittel müssen eingesetzt werden, um es zu lösen. Die gesamte Dealerhatz lebt aber gerade davon, den Abhängigen zu helfen - ein zweiter Druckraum in St. Georg wird sowohl von CDU wie Abendblatt gefordert - während der Verkauf illegaler Drogen mit allen Mitteln unterbunden werden soll. So entsteht das von niemanden angesprochene Mysterium, woher die vor Hilfswut Erdrückten eigentlich ihren Stoff herkriegen sollen. In dem Maß, in dem sich die Drogenpolitik von einer bestrafenden zu einer akzeptierenden gegenüber den Konsumenten entwickelt, steigt der Haß auf diejenigen, die die Drogen verkaufen. Der Einsatz von Brechmitteln ist eine Ersatzhandlung, Statthalter für die Unfähigkeit von Politk, Medien und Bevölkerung zu begreifen, was denn eigentlich ihr Problem ist und wie sie es denn lösen könnten.

Das Gegenargument zu Brechmitteln, Erfahrungen in anderen Städten hätten gezeigt, daß nur ein geringer Teil der Erbrechenden tatsächlich die erwarteten Beweismittel lieferten, ist nicht minder unsinnig als der Einsatz selbst. Zum einen legt es nahe, daß bei einer höheren Erfolgsquote der Einsatz legitim sei, zum anderen verkennt es, daß das Ziel nicht primär in der Sicherstellung von Beweisen besteht, sondern in der Demonstration des Staates - in diesem Fall der Stadt -, wie weit er zu gehen bereit ist, wenn Volk und Medien mal wieder Blut geleckt haben.[1]

So kam also etwa das Abendblatt nicht darauf, seine Hetze einzustellen, sondern mußte das eigene Versagen gleich den Verdächtigten in die Schuhe schieben. Schon auf dem Weg zu neuer Rassenkunde vermutete es in besagtem Artikel, daß "einige Dealer eine angeborene Unempfindlichkeit gegen den Saft der Ipecacuanha-Wurzel zeigen". Wie der schwarzafrikanische Dealer an für sich so ist, hat er gleich die entsprechenden Gegenmittel parat, ist bereits von Natur gegen den Einsatz von Brechmitteln gewappnet. Der sich in seinem gepriesen Pragmatismus und seiner Flexibilität noch für jedes Drecksregime empfehlende neue Innensenator, Olaf Scholz, wußte auf diese Abgefeimtheit der Dealer auch nichts anderes zu sagen, als so weiter zumachen wie bisher. Das Abendblatt hatte eh schon vermutet, daß hinter dem rot-grünen Aktionismus keine substanzielle Änderung des bisherigen Eiertanzkurses stecken würde. Es berichtete ausführlichst über den "Skandal", daß der erste Einsatz abgebrochen wurde, anstatt soviel Würgsaft durch die Nase des Deliquenten zu drücken, daß alles aus ihm rauskomme, was da Böses in ihm stecke möge. "Ihren Worten dürfen keine halbherzigen Taten folgen. Wenn Brechmittel eingesetzt werden, dann bitte mit aller Konsequenz", kommentierte Kristina Johrde den gescheiterten Versuch (HA, 14.8., S.11). "Mit aller Konsequenz" soll wohl heißen, auch noch auf die althergebrachten Brechmittel wie Daumenschraube etc. zurückzugreifen - weiß der Geier, welche Folterphantasie Frau Johrde noch so durch den Kopf spukte.

Als hätte das Abendblatt ein Musterbeispiel für ein diskursanalytisches Lehrbuch abgeben wollen, war die entsprechende Seite (Artikel, Dokumentation des Protokolls, Kommentar) mit einem Photo gelayoutet, das einen Schwarzafrikaner zeigte, der von einem Bullen in Kampfmontur mit erhobenen Händen an die Wand gedrückt wurde. Bildunterschrift: "So, wie dieser Schwarzafrikaner wurde der Sudanese Peter John A. am Sonntag festgenommen - wie der Polizeibericht 010813-510813-5. dokumentiert".

So, wie dieser Schwarzafrikaner - denken können sie doch noch selbst, werte Leserin, werter Leser, oder ?

Von der willkürlichen Mißhandlung zur staatlich sanktionierten Folter

Selber denken konnten zumindest die Bullen, die im November 1997 Alimang S. in ihren Wagen packten und hinter dem Schlachthof zusammenschlugen. Die mediale Hetze gegen Schwarzafrikaner und die Hardliner-Sprüche ihres damaligen Vorgesetzten, Hartmut Wrocklage, hatten sie als Aufforderung interpretiert, mal etwas "aktiver" gegen jene Afrikaner vorzugehen, denen man partout keinen Drogendeal nachweisen konnte. Dumm nur, daß der Staat sich das Gewaltmonopol letzlich nicht streitig machen will. Dumm auch, daß der Hamburger Polizeiskandal von 1994 noch nicht ganz in Vergessenheit geraten war und das durch ihn ins Leben gerufene Dezernat für interne Ermittlungen im Fall von Alimang S. seinen Job tat (und in der Lerchenwache die Handschuhe der Täter sicherstellte), sodaß die betroffenen Bullen in erster Instanz verurteilt werden konnten. Uwe E. (37) und Carsten Sch. (37) wurden vom Amtsgericht 1999 wegen Körperverletzung und Freiheitsberaubung im Amt zu 15 bzw. 14 Monaten Haft auf Bewährung verurteilt, Werner D. (34), Jürgen E. (40) und Frank K. (37) wegen Beihilfe zu Geldstrafen. Auch wenn das Urteil im Berufungsverfahren, u.a. wegen der Nichtauffindbarkeit des Opfers - und damit entscheidenden Zeugen - aufgehoben wurde, hatte es doch gezeigt, daß sich die Schläger im Dienst zukünftig vorsehen müssen, daß ihr Hobby, Schwarzafrikaner zu mißhandeln, auf Grenzen gestoßen war, die ausnahmsweise mal nicht mit der sofortigen Einstellung des Verfahrens endeten. Allzu große Sorgen mußten sie sich dann aber doch nicht mehr machen.

The Empire Strikes Back

Scheinbar gut erholt schlug der Polizeiapparat schließlich im Mai diesen Jahres zurück. Wrocklage, dem in Sachen harter Linie gegen Kriminelle und Flüchtlinge eigentlich kein Vorwurf zu machen war - vom Sprücheklopfen über die mediale Inszenierung der Razzien auf dem "Drogenschiff" (HA über das Wohnschiff Bibby Challenge) bis zur brutalen Abschiebepolitik hatte er eigentlich alle Bedürfnisse bedient - wurde in einer konzertierten Aktion von Presse, CDU und Polizeiapparat angegriffen. Die SPD bewies mal wieder ihre traditionelle

Rückgratlosigkeit und Wrocklage mußte am 28. Mai zurücktreten. Es schien gerade die Haltlosigkeit der Filzvorwürfe zu sein, die die Beteiligten in immer größere Rage versetzte. Daß die CDU versucht, wo sie nur kann, dem Senat, Unannehmlichkeiten zu bereiten, versteht sich von selbst. Daß der Polizeiapparat einen Innensenator nicht leiden kann, der ihm neben dem internen Ermittlungsdezernat auch noch die Polizeikomission vor die Nase setzte und 60 Stellen streichen wollte, ist ebenso nachvollziebar. Warum aber die letzlich ausschlagebende Presse, selbst die SPD-treue Mopo und die TAZ Hamburg, aus dem Geschrei nach Rücktritt nicht mehr herauskam, blieb rätselhaft[2]. Wahrscheinlich hatte sie befürchtet, daß der kommende Wahlkampf angesichts einer bis dato überaus erfolgreichen und souveränen SPD eine ausgesprochen langweilige Veranstaltung werden könnte, und das Spektakel gerochen, daß sie zum Überleben braucht. Was auch immer die Motive der Beteiligten gewesen sein mögen, Fakt ist: Das Nachgeben der SPD hat dem Wahnsinn "Innere Sicherheit" Tür und Tor geöffnet. Werner Hackmann hatte seinerzeit zurücktreten müssen, weil unter seiner Verantwortung, Schwarzafrikaner mehrfach von Polizisten mißhandelt worden waren, Hartmut Wrocklage, so scheint es im Rückblick, wahrscheinlich deshalb, weil die Folterknechte unter seiner Verantwortung zur Rechenschaft gezogen worden waren.

Lauter, Härter, Schneller

Seitdem, seit Wrocklages Rücktritt, läuft ein Szenario ab, an dem das einzig Überraschende ist, daß alles so kommt, wie es kommen muß. Die SPD markiert den starken Mann, hält den zuvor vehement abgelehnten Brechmitteleinsatz, auf einmal für ein hervorragendes Mittel zur Bekämpfung der Drogenszene und versucht auf ihren Wahlkampfveranstaltungen zu demonstrieren, daß Schill wählen nicht Not tut, da sie selbst doch die Partei sei, der zu Kriminalität nichts Besseres einfällt als "alle", ob Kinder, Jugendliche oder Erwachsene, wegzusperren bzw. "kriminelle Ausländer" abzuschieben. Jegliche für das herschende System durchaus vernünftige Logik, wie z.B. Jugendliche nicht in den Knast zu stecken, weil auf diese Weise Kriminelle auf Lebenszeit produziert werden, geht den Bach runter. Rechtsstaatliche Standards wie die Unschuldsvermutung scheinen für den Rechtsanwalt Scholz Relikte aus grauer Vorzeit zu sein, die nicht mehr in den globalisierten Modernisierungswahn passen. Und die Grünen ? Widerspruch von der Zivilgesellschaftspartei zum autoritären Kurs der SPD ? Natürlich nicht. Warum auch, Folter und Menschenrechtsverletzungen gibt es schließlich immer nur dort, wo sie die Bundeswehr erst hinschicken kann und da die Friedensarmee hier schon so lange stationiert ist, muß alles seine Ordnung haben. GAL Fraktionschefin Antje Möller hält den Brechmitteleinsatz für ein symbolisch "nach außen wirkendes Mittel" (zit.n. HA 23.08.01) und trifft damit zwar den Kern, meint mit "außen" aber wahrscheinlich eher die "abschreckende Wirkung" als die Befriedung des Strafbedürfnisses der Bevölkerung. Manfred Mahr, der kritische Polizist der GAL, in den letzten Jahren ein Garant für Kritik an der Drogenpolitik des Senats und kleiner Anfragen zu Platzverweisen etc. sprach in der Brügerschaftsdebatte zur Änderung des SOG "mit ambivalenten Gefühlen". Die Ambivalenz beschränkte sich allerdings auf einige kritische Anmerkungen zum Handlungskonzept St. Georg, der Brechmitteleinsatz müßte an seinem Erfolg gemessen werden, jeder Polizist, Mediziner und Staatsanwaltschaft müsse die Verhältnismäßigkeit im Auge behalten - was ein Scherz ! - und die Videoüberwachung dürfe nicht über den Hauptbahnhof hinaus ausgeweitet werden. Aber ansonsten seien die beschlossenen Maßnahmen "wichtige Weichen in die richtige Richtung".

Doch aller Verneigung vor Volkes Willen zum Trotz blieben die Umfragewerte für Rot-Grün bislang im Keller. Zu offensichtlich wahlkampfmotiviert war der Kurswechsel und entsprechend groß der Argwohn der WählerInnen, ob "die da oben" das wirklich ernst meinen. Fehler scheint die SPD zu machen, um sie wiederholen zu können. Wie schon bei ihrem Einknicken beim "Asykompromiss" 1993 zeigt sich auch jetzt, daß das Volk geführt werden will und einer Partei, die beim kleinsten Wink mit der Protestwahl ihre bisherige Position hemmunglos über Bord wirft, berechtigterweise die Führungsqualitäten abspricht. Als Resultat dieses Prozesses gleichen die Parteien sich an, die XED, die x-beliebige Einheitspartei Deutschland, geht gestärkt hervor und die hetzende Meute interpretiert das Nachgeben der Autorität als Bestätigung ihres Hasses. 1992 hatte der damalige Generalsekretär der CDU, "unser" Volker Rühe aus Harburg, den "Asylmißbrauch" als Wahlkampfthema vorgegeben, der rassistische Mob der zu kurz gekommenen Deutschen setze das Thema auf die ihm eigene Weise in Hoyerswerda und Rostock-Lichtenhagen um, zur Belohnung wurde das Asylrecht abgeschafft, doch das einmal angestachelte Volk mordete weiter bis im Antifasommer 1999 Parteien, Medien und Eliten erkannten, daß ihnen das Ganze außer Kontrolle geraten war.

Das Verlangen, andere bestraft und erniedrigt zu sehen, verschwindet nicht, wenn ihm nachgegeben wird, sondern steigert sich. Weil der Straflust immer der verbotene Wunsch zugrundeliegt, selber so zu sein, wie die, deren Bestrafung man fordert, selber die phantasierten Unmengen von Geld ohne große Mühe zu verdienen, selber die Drogen zu nehmen, die einen für einen Augenblick von der prekär gewordenen bürgerlichen Selbsterhaltung entbinden, ist die tatsächliche Bestrafung immer nur eine Scheinlösung. Der eigentliche Konflikt, Wünsche nicht auszuleben, die die innere und äußere Ordnung des Subjekts gefährden würden, bleibt bestehen.

Kaum an der Vorstellung berauscht, ein Schwarzafrikaner wird von vier Polizisten festgehalten, während ein Arzt/Ärztin ihm Brechmittel durch die Nase einführt, so daß er dann so stark erbrechen muß, wie es der schon der bei der Altersfeststellung von jugendlichen Flüchtlingen berüchtigt gewordene Rechtsmediziner Prof. Klaus Püschel im Selbstversuch tat (laut HA vom 23.08.01, den "gesamten Mageninhalt"), ist



es auch schon wieder vorbei. Das höchste der Gefühle, die Abschiebung, wird in der Wahnvorstellung der bedrohten Bürger dadurch konterkariert, daß "immer neue nachkommen" und so bleiben sie letzlich so verunsichert und bedroht wie zuvor. Der Verdächtigte hatte nicht etwa, wenn er nichts erbricht, keine Drogen geschluckt, sondern war noch trickreicher als bisher angenommen wurde ("angeborene Unempfindlichkeit") etc.etc.

Bleibt wie immer die Frage, wie das Pathogene, das an Knallchargen wie Schill und DVU so offentsichtlich scheint, zur allherschenden Normalität werden kann.

Vom Börsencrash zur Menschenjagd oder: die Ich-AG kehrt heim ins Reich

Ob die neusten Arbeitslosenzahlen, Wachstumsraten oder Kursabstürze: gut klingt das alles nicht, auch wenn es niemand begreift. Der Finanzminister gesteht ein, daß der Politik nichts übrig bleibe als die Hände in den Schoß zu legen und auf eine bessere Weltkonjunktur zu warten, die "soziale Hängematte" wird löchriger und jede und jeder muß perspektivisch zusehen, wo sie/er bleibt.

Die offene Drogen- und Obdachlosenszene ist deshalb ein jegliches Wahlkampfthema überschattendes Ärgernis, weil in ihr Menschen sichtbar werden, die sich scheinbar aufgegeben haben bzw. einen anderen Gott als die bürgerliche Selbsterhaltung anbeten. Festes Eigentum, an dem sich das bürgerliche Subjekt bildet, fehlt ihnen und selbst das Letzte, was jedem abstrakt freien Bürger bleibt, das Eigentum an seiner Arbeitskraft, ruinieren sie und machen sich untauglich für jeglichen Verwertungsprozeß. Sie verkörpern im wortwörtlichen Sinne den Zerfall der Gesellschaft.

Weil die Fähigkeit abnimmt, gesellschaftliche Verhältnisse zu denken, bzw. die Herrschaft im Angesicht ihrer Überflüssigkeit alles daran setzt, das Denken zu blockieren, verstärkt sich die Wirkung von Bildern. Nicht das Elend ist das Problem, sondern seine Sichtbarkeit an Orten, an denen Konsumtempel der AnhängerInnenschaft der Verhältnisse ein glänzendes Leben vorgaukeln wollen.

Im Zeitalter des Pragmatismus, in dem das ehemalige bürgerliche Glückversprechen, jeder/jede könnte gleichermaßen zu Wohlstand kommen und ein sorgenfreies Leben führen, auf die möglichst kostengünstige und Aufsehen ersparende Lösung irgendwelcher Probleme zusammengeschrumpft ist, kann letztlich jede/jeder tun und lassen, was sie/er will, solange es hinter geschlossenen Türen stattfindet. Wenn mal wieder jemand Jahre nach seinem Ableben skelettiert vor dem Fernseher gefunden wird - die Zahl der sogenannten "herrenlosen Leichen" steigt von Jahr zu Jahr -, so ist das zwar irgendwie tragisch, aber diese Person hat zu Lebzeiten zumindest niemanden gestört, sondern ist eben still und unbemerkt krepiert. Im öffentlichen Raum hat es so auszusehen, als ob alles in Ordnung wäre. Deswegen können sich auch CDU und Hamburger Abendblatt mit einem zweiten Druckraum in St. Georg anfreunden - dessen Realisierung im Handlungskonzept St. Georg die GAL, nebenbei, als ihre große Leistung feiert. In den Druckräumen soll verschwinden, was ans Elend erinnert. Wer sich trotz Hilfeangebot dem nicht fügt, ist verstärkter Repression ausgesetzt, wer zurück ins "normale Leben" will wird mit offenen Armen empfangen.

Neben volksverhetzenden Artikeln und Hochspannung garantierenden Beobachtungsprotokollen der Drogenszene bringt das Hamburger Abendblatt regelmäßig auch erschütternde Berichte über Junkie xy heraus, der dann davon berichten darf, wie er auf die falsche Bahn gekommen sei und nun nach erfolgreicher Entgiftung oder Umstellung auf Methadon sich nichts sehnlicher wünsche als Arbeit. Hauptsache Arbeit, das klingt wieder gut, das ist der Stoff, aus dem sich das Netz der Verblödung spinnt und der die Leute bei der Stange hält.

Das Verhältnis von Ideologieproduzenten und Dealern ist also eher eines der Konkurrenz. Wenn dann, wie in Hamburg, der öffentliche Drogenhandel an den sichtbaren Punkten Hauptbahnhof und Sternschanze von Schwarzafrikanern betrieben wird, dann gesellt sich zu der deutschen Tradition, im Konkurrenten immer nur jemanden zu sehen, der sich zu Unrecht einen Vorteil verschafft, die nicht minder traditionelle Bereitschaft hinzu, sich als von Fremden bedrohtes Kollektiv zu begreifen. Und an diesem Punkt löst sich das Gefühl, allein zu sein und für sich selber sorgen zu müssen, negativ auf. Die vereinzelten Ich-AGs, die außer Notstandslogik, Neid und Mißgunst nichts verbindet, fusionieren dann für einen Augenblick zur heimeligen Deutschland AG. Auch wenn jeder/jede für die Rente inzwischen privat vorsorgen muß, so gibt es doch noch einen kollektiven Zusammenhalt: der Haß auf alles, was nicht deutschen Blutes ist und das Wissen darum, daß, wenn die Welt schon vor die Hunde geht, zuerst die "rassisch minderwertigen" und teuflischen Drahtzieher des Elends dran glauben müssen.

Fight The Evil

An anschlagsrelevanten Objekten mangelt es zur Zeit wahrlich nicht. Das Problem, daß die Herrschaft keinen Namen und Adresse hat, ist angesichts der klar benennbaren Anteile, die Zeitungen, Fernsehen, Parteien, Berufsgruppen etc. zur Haßstimmung beitragen, kaum vorhanden. Ob Hamburger Abendblatt, der Rechtsmediziner Püschel, Olaf Scholz, der Gewerkschaftsvorsitzende der Polizei, Konrad Freiberg, dessen größte Sorge darin bestand, daß die Beamten ihre sauberen Finger in die Kotze der Verbrecher stecken müßten, oder die lokalen Stimmungsmacher wie Trübger - soviele Arschgeigen, daß sich gar nicht alle schützen lassen. Aber scheinbar auch zu viele, um mit irgendwas anzufangen.

Zumindest ist bis jetzt außer dem ebenfalls wahlkampfmotivierten Auftreten von Regenbogen wenig passiert. Es schien ja auch so, wie die SPD zunächst angenommen hatte, daß das Thema "Innere Sicherheit" inzwischen out sei. Entsprechend hatte sie den jetzigen Wahlkampf nicht wie den vorangegangen darauf abgestellt, daß "law and order a labour issue" sei, sondern mit Airbus & Co zu punkten versucht. Dann kam die Langeweile, dann Schill, dann die SPD Regierungsgarantie namens Ole von Beust und schließlich Scholz.

Aber wenn es nun so ist, daß die Bevölkerung anstatt sich über Arbeitszwang für SozialhilfeempfängerInnen zu empören, lieber den Staat auffordert, gegen diejenigen, die noch weiter unten stehen, vorzugehen, dann muß man dem begegnen und mit denjenigen, die etwas anderes wollen, die Verhältnisse zum Tanzen bringen. Nicht Schill ist das Problem, sondern das, was er zum Ausdruck bringen konnte und die etablierten Parteien CDU, SPD und GAL, dazu brachte, noch den letzten Funken Vernunft in der unendlichen Tiefe der bürgerlichen Paranoia zu versenken. An der Thematik "Innere Sicherheit" und "offene Drogenszene" wird nicht nur offenbar, wie schleichend der Übergang von rechtstaatlichen Standards zum offenen Folterregime ist, sondern auch, wie alternativlos die Herrschaft nach ihrer grün-moralischen Runderneurung inzwischen dasteht. Hoffen wir, daß sie sich an ihrem Haß und ihrer Hetze verschlucken werden.

---

[1] Eher unglücklich und wie immer zahnlos kommentierte die TAZ den ersten Brechmittel Einsatz: "Der erste Brechmitteleinsatz hat nur eines offenbart: Die Beweislücke beim Beleg der Dealerei...besteht nicht. Denn der mutmaßliche Crackdealer konnte in Haft genommen werden, obwohl bei ihm keine Drogen zu tage gefördert wurden." (TAZ vom 14.8.2001) Also, folgert Elke Spanner, ist der Brechmitteleinsatz Wahlkampfgetöse. Das wußten aber eh schon alle, um bessere Beweisführung war es nie gegangen. Die implizite Logik ihrer Argumentation, mutmaßliche Dealer könnten auch ohne aufgefunde Drogen in Haft genommen werden, die "feine" hanseatische Lösung des Beweisproblems - beobachtete Schluckbewegung der Verdächtigten als Beweis für Drogenhandel anzuerkennen – würde doch ausreichen, ist die Logik der Verfolgung, an deren Ende der Brechmitteleinsatz stand. Ob der Strafwut damit zu begegnen ist, daß man ihr vorhält, daß ihre bisherigen Verfahren doch ausreichten, darf an dieser Stelle bezweifelt werden.

[2] Zur Ehrenrettung der TAZ Hamburg muß erwähnt werden, daß sie sich zwar an den Spekulationen über den Zeitpunkt des Rücktritts beteiligte, am 5. Juni dem "organisierten Rufmord" (Martin Schmidt) aber eine ganze Seite widmete und damit auf das merkwürdige Verhalten der Landespressekonferenz hinwies.

Enteignet Goethe!

Informations- und Diskussionsveranstaltung:Der Fall „Distomo" und die Entschädigungsforderungen griechischer NS-Opfer

Am 19. September 2001 könnte es soweit sein. Ein Gericht in Athen hat für diesen Tag die Zwangsversteigerung des Goethe Instituts in Athen angesetzt. Sollte dieser Termin aufrecht erhalten bleiben, würde dadurch tatsächlich die Entschädigung griechischer NS-Opfer eingeleitet werden können.

Die Hinterbliebenen der Opfer eines Massakers im griechischen Distomo, bei dem am 10.6.1944 218 Menschen von der Waffen-SS ermordet wurden, kämpfen seit Jahren um ihre Entschädigung. Ihr Anwalt Ioannis Stamoulis hat bereits beachtliche Erfolge in seinem Kampf für die Ansprüche der Opfer erzielt. Der Areopag, das höchste Gericht Griechenlands, hatte schon im Mai vergangenen Jahres bestätigt, dass die BRD an die Hinterbliebenen umgerechnet 55,3 Millionen DM Entschädigung zahlen muß. Die Entscheidung ist rechtskräftig. Trotz dieser Entscheidung weigert sich die BRD aber zu zahlen. Diese Haltung führte dazu, dass Stamoulis im vergangenen Juli das Goethe-Institut in Athen per Gerichtsvollzieher beschlagnahmen ließ.

Die Bundesregierung ließ daraufhin alle diplomatische Zurückhaltung fallen, um die griechische Regierung unter Druck zu setzen. Fischer drohte seinem griechischen Amtskollegen, die deutsch-griechischen Beziehungen könnten belastet werden, wenn die Vollstreckungsmaßnahmen fortgesetzt würden. Die Maßnahmen seien völkerrechtswidrig und man erkenne die Entscheidungen der griechischen Justiz nicht an. Der griechische Regierungschef Simitis mußte sogar bei Schröder persönlich vorstellig werden, der die Angelegenheit zur Chefsache erklärte.

Leider gelang der Bundesregierung zunächst eine Aussetzung der Zwangsvollstreckungsmaßnahmen. Nunmehr hat aber das Vollstreckungsgericht in Athen die Maßnahmen von Stamoulis für rechtens erklärt, der sofort einen Zwangsversteigerungstermin für den 19.9.01 hat ansetzen lassen. Hiergegen hat wiederum die Bundesregierung Rechtsmittel eingelegt. Ob es ihr gelingen wird, die Versteigerung auf diesem Wege noch zu stoppen, ist schwer vorhersagbar.

Klar ist jedenfalls, dass die Bundesregierung überhaupt keine weitere Entschädigung für NS-Verbrechen zahlen will. Ihr prestigeträchtiges Projekt „Zwangsarbeiterentschädigung" soll den endgültigen Abschluß bilden, Schlußstrich und basta. Doch die Hinterbliebenen der Opfer deutscher Besatzung werden sich damit nicht abfinden. - 64 größere Massaker verübten die Deutschen an der griechischen Zivilbevölkerung, 56.000 Menschen wurden erschossen, 65.000 griechische Juden wurden wurden in die Vernichtungslager verschleppt und ermordet, 1,1 Mio. Menschen in Griechenland starben insgesamt während des 2. Weltkriegs. - Allein in Griechenland sind derzeit mindestens 10.000 Klagen von NS-Opfern und Hinterbliebenen bei Gerichten anhängig, angesichts der Anzahl deutscher Kriegsverbrechen in Griechenland könnte diese Zahl noch weiter ansteigen.

Auch in anderen Ländern Europas könnte das griechische Beispiel Schule machen, wenn sich die Distomo-Hinterbliebenen durchsetzen. Der „Fall Distomo" hat deshalb eine herausragende juristische und politische Bedeutung für die Entschädigung aller NS-Opfer und ihrer Hinterbliebenen. Und dann lauert für die BRD im Hintergrund auch noch die Frage der Reparationen, die die ehemals von Deutschland besetzten Länder geltend machen könnten. Allein im Falle Griechenlands läge die Größenordnung bei ca. 200 Milliarden DM.

Es ist an der Zeit die Hinterbliebenen von Distomo und der anderen Verbrechen der deutschen Besatzer in Griechenland in ihrem Kampf zu unterstützen und der Schlußstrichpolitik der Bundesregierung entgegenzutreten.

Zwei Referate werden in den historischen und rechtspolitischen Hintergrund des Distomoverfahrens einführen.

Gastreferentin: Rechtsanwältin Gabriele Heinecke

Darüberhinaus möchten wir mit allen Interessierten auch über konkrete Möglichkeiten der politischen Solidarität diskutieren.



Donnerstag, 13.9.2001 um 19.30 Uhr im Kölibri (GWA), Hein Köllisch-Platz 12

Sofortige Entschädigung aller NS-Opfer !
Deutschland enteignen!

Veranstalter/innen: „Arbeitskreis Distomo" in Zusammenarbeit mit der GWA-St. Pauli-Süd

Rechte V-Leute: Die Katze beisst sich in den Schwanz

Hintergrund: Wie sich der Verfassungsschutz am Aufbau rechter Strukturen beteiligt und was dabei herauskommt

Mitte September vergangenen Jahres durchsuchte die Polizei bundesweit unzählige Wohnungen von Mitgliedern der Vereinigung BLOOD & HONOUR (B&H) und setzte damit das Verbot des neonazistischen Netzwerkes um. Dabei schauten die Ermittler auch bei dem B&H-Führungskader MARCEL DEGNER aus Gera vorbei – und fanden nichts. Grund: DEGNER war bereits seit längerem Informant des thüringischen Verfassungsschutzes und bekam kurz vor der Durchsetzung des Verbotes einen Tipp, dass er seine Wohnung säubern solle. „Eine solche Warnung an einen Informanten des Geheimdienstes ist etwas völlig Normales", berichteten Insider einer thüringischen Tageszeitung.[I]

Dass der Verfassungsschutz seit Jahrzehnten den Aufbau von neonazistischen Strukturen forciert und indirekt subventioniert, ist hinlänglich bekannt. Die vergangenen Monate haben eindrucksvoll die skandalösen Dimensionen dieser Aktivitäten veranschaulicht: Nahezu alle bekannt gewordenen Informanten haben mit Duldung der jeweils zuständigen Ämter für Verfassungsschutz den Auf- und Ausbau neonazistischer Strukturen vorangetrieben und teilweise mit ihren Informantengehältern finanziert.

Beispiele systematischen Strukturaufbaus

So gibt der ehemalige Führungskader des militanten THÜRINGER HEIMATSCHUTZES (THS), TINO BRANDT, in einem Interview zu Protokoll, dass der „VS nur Interesse an Informationen" gehabt hätte, „er hat sich nie in meine politischen Entscheidungen eingemischt".[ii] Was TINO BRANDT lapidar als „politische Entscheidungen" bezeichnet, waren beispielsweise der Aufbau von militanten ANTI-ANTIFA-Strukturen in Thüringen[iii] und der Aufbau internationaler Kontakte, u.a. nach Südafrika. Unter der Aufsicht seiner staatlichen Arbeitgeber entwickelte sich BRANDT zu einer zentralen Figur in der deutschen Neonazi-Szene. Er war Mitarbeiter der extrem rechten Monatszeitschrift NATION & EUROPA, wurde im September 2000 Sprecher der neonazistischen REVOLUTIONÄREN PLATTFORM und schaffte kurz vor seiner Enttarnung den Sprung in den Beirat der GESELLSCHAFT FÜR FREIE PUBLIZISTIK. Außerdem war er Inhaber der Internetadressen des DEUTSCHEN RECHTSBÜROS, des HOFFMANN-VON-FALLERSLEBEN-BILDUNGSWERKS und des KAINDL-FÖRDERWERKS.
MICHAEL GRUBE, ab 1997 Informant des LfV Mecklenburg-Vorpommern, gab nach seiner Enttarnung an, dass ihm seine damaligen V-Mann-Führer empfahlen, sich zum Kreisvorsitzenden der NPD Wismar-Nordmecklenburg wählen zu lassen.[iv] Ende 1997 hatte GRUBE es in diese Position geschafft und avancierte zudem zum Kandidaten auf der Landesliste der NPD für die Landtagswahlen im September 1998. Nach ideologischen Richtungsstreits gründeten ehemalige NPD-Mitglieder – unter ihnen GRUBE – Anfang 1999 die militante SOZIALE VOLKSPARTEI.

Tino Brandt, V-Mann und Führungskader des Thüringer Heimatschutzes



Exemplarisch ist auch der Fall des ehemaligen stellvertretenden Landesvorsitzenden der NPD Mecklenburg-Vorpommern, MATTHIAS MEIER. Dieser war von 1998 bis Ende 1999 Informant des Bundesamtes für Verfassungsschutz und baute in jener Zeit den paramilitärischen KAMPFBUND NORD auf.[V]
Das extremste Beispiel dieser Arbeitsweise der Verfassungsschützer war schlussendlich CARSTEN SZCZEPANSKI, seines Zeichens Mitglied der NATIONALREVOLUTIONÄREN ZELLEN – eines terroristischen Zusammenschlusses in Berlin und Brandenburg.[vi] Der Königs-Wusterhausener Neonazi war im Mai 1992 wegen der versuchten Tötung des Nigerianers Steve E. zu einer mehrjährigen Haftstrafe verurteilt und später vom Verfassungsschutz angeworben worden. Im Gefängnis blieb er politisch aktiv. Er gab weiterhin Skinhead-Zeitungen heraus[vii], in denen er sich positiv zur Gewalt äußerte. Als Freigänger konnte er an politischen Demonstrationen und Skinhead-Konzerten teilnehmen, auch außerhalb des Landes Brandenburg.[viii] Sylvester 1999 besuchte er Gesinnungsgenossen der NATIONALSOZIALISTIK FRONT in Schweden und war neben seinem Engagement in der militanten Neonazi-Szene auch als Organisationsleiter der NPD Berlin-Brandenburg aktiv.

Wissen ohne Wirkung

Angeworbene V-Leute sollen Einschätzungen und Fakten weitergeben und anhand von gezeigten Fotos etc. weitere Informationen ausplaudern. So hat der heutige stellvertretende JN-Bundesvorsitzende MIKE LAYER – der Mitte der 90er Jahre für den Verfassungsschutz tätig geworden war – nach Angaben von FRANK SCHWERDT anhand von Fotos Gesinnungsgenossen identifiziert, die daraufhin strafrechtlich belangt wurden.[ix] Der NPD-Mann GRUBE gab gar an, dass ihm Listen von Linken gezeigt worden seien, damit er nähere Angaben dazu mache.
Unklar bleibt hingegen, welche Informationen der Verfassungsschutz auf diesem Wege erlangt und wie die verschiedenen Behörden mit dem Wissen verfahren. Einerseits werden die Informationen der Schlapphüte den Strafverfolgern vorenthalten. So suchte beispielsweise die Staatsanwaltschaft in Mecklenburg-Vorpommern nach einer Wahlkampfveranstaltung der NPD mit dem verurteilten Terroristen MANFRED ROEDER händeringend nach Zeugen für dessen volksverhetzenden Aussagen. V-Mann MICHAEL GRUBE, der die Veranstaltung organisiert hatte und vor Ort gewesen war, wurde aber weder befragt noch als Zeuge herangezogen.[x] Ähnlich verhielt es sich im Fall TINO BRANDT: Obwohl der V-Mann die zentrale Figur des THÜRINGER HEIMATSCHUTZES war, konnten drei gesuchte Bombenbastler aus Jena – alle Mitglieder des THS – 1997 abtauchen und sind bis heute verschwunden.
Andererseits wurde jedoch im Frühjahr 2000 in Berlin und Brandenburg die terroristische Gruppierung NATIONALREVOLUTIONÄRE ZELLEN von den Strafverfolgungsbehörden hochgenommen. Es ist zu vermuten, dass dies aufgrund der Informationen von V-Leuten, wie etwa CARSTEN SZCZEPANSKI, geschah.
Auch garantiert das Führen von V-Leuten durch die Dienste nicht, dass die Informanten nicht an schwerwiegenden Straftaten

beteiligt sind. So verübte beispielsweise MICHAEL GRUBE mit weiteren Gesinnungsgenossen im März 1999 einen Brandanschlag auf eine Pizzeria in Grevesmühlen.

Wohin die Gelder fließen

Der Verfassungsschutz duldet oder initiiert neonazistische Strukturen, Aktivitäten und Straftaten nicht nur mit. Die Ämter sorgen auch für die finanzielle Unterstützung ihrer Informanten und deren Bestrebungen. So erhielt CARSTEN SZCZEPANSKI ein monatliches Salär von 1000 DM.[xi]
Als sich der Neonazi THOMAS DIENEL im Juni 2000 als Informant des Thüringer Verfassungsschutzes outete, wurde bekannt, dass er zwischen 1500 und 1800 DM im Monat erhalten hatte.[xii] Hinzu kamen 1997/98 monatliche Lohnkostenzuschüsse durch das Arbeitsamt in Höhe von ca. 2000 DM für Dienels Arbeit im extrem rechten VERLAG NEUES DENKEN. Letzteres wurde vom Verfassungsschutz zumindest nicht verhindert.
Es scheint, als ob die Verwendung der Honorare durch die Informanten keinen Einschränkungen unterliegen würden. TINO BRANDT beispielsweise gibt an, dass es „mit Sicherheit mehr als 100.000 DM“ gewesen seien, die er für seine Tätigkeit erhalten habe. Wenn man seinen Aussagen glauben schenkt, so hat er die Gelder in Aufkleber, Flugblätter, Telefonrechnungen, Demofahrten und verschiedene andere Projekte investiert.[xiii]
Einen außergewöhnlichen, sehr personenbezogenen Dank erhielt im Sommer 1999 MATTHIAS MEIER. Die Verfassungsschützer spendierten ihm einen Rundflug über die Insel Rügen.

Verfassungsschutz: Vom Jäger zum Gejagten?

Folgt man den Ausführungen HORST MAHLERS – seines Zeichens Vertreter der NPD im gegenwärtigen Verbotsverfahren



Extrembeispiel: Carsten Szczepanski aus Königs-Wusterhausen

vor dem Bundesverfassungsgericht - , dann wird die Benennung von Informanten des Verfassungsschutzes einer der wenigen helfenden Strohhalme gegen das drohende Verbot der Partei sein. Denn jeder herangezogene Beweis zur Begründung eines Verbotes der NPD verlöre an Bedeutung, wenn sich die Mitwisserschaft und/oder –täterschaft des Verfassungsschutzes herausstellen würde.
Die NPD hat ihrerseits selbst keinen stringenten Umgang mit Informanten des Verfassungsschutzes. Einerseits verwies die Parteizeitung DEUTSCHE STIMME in der Vergangenheit darauf, dass es keine Zusammenarbeit geben dürfe: „Den ‚Müllers‘ ‚Meiers‘ und ‚Hubers‘ von der Firma Horch & Lausch grundsätzlich die ‚Rote Karte‘ zu zeigen, sollte daher nicht als Empfehlung, sondern als eindringliche Handlungsanweisung aufgefasst werden.“[xiv] In diesem Sinne lehnte auch der NPD-Länderrat ein „Angebot an Spitzel zum Ausstieg“ vom Mai 2001 ab, da dessen Verfasser eine Wiedereingliederung von Informanten – die sich offenbaren und niemandem geschadet haben – in die Szene nicht ausschlossen.
Andererseits traten NPDler aber auch wiederholt in Absprache mit Führungskadern der Partei in die Dienste des Verfassungsschutzes. So wussten zumindest MICHAEL WENDLAND und HOLGER APFEL von der Informantentätigkeit des damaligen Stützpunktleiters der JN in Ludwigsburg, MIKE LAYER. Hinter dieser Vorgehensweise steht die Idee, die Jäger des Verfassungsschutzes zu Gejagten zu machen. So könne man durch die V-Männer „Informationen über eventuelle Spitzel und Provokateure erhalten“, wie es der NPD-Landesvorstand Mecklenburg-Vorpommern im Fall MATTHIAS MEIER formulierte.[xv] Als publik wurde, dass LAYER als V-Mann arbeitete, konnte sich der Parteivorsitzende UDO VOIGT mit seinen Ausschlussforderungen nicht durchsetzen. Vielmehr bekam LAYER die Absolution seiner Kameraden und hat inzwischen den Posten des stellvertretenden Bundesvorsitzenden der JN inne.

Resümee

Obwohl die extreme Rechte seit Jahrzehnten von Informanten des Verfassungsschutzes durchsetzt ist, wuchs die Szene kontinuierlich an. Die Ursachen hierfür sind klar zu benennen:

- Die politikwissenschaftlich unhaltbare „Extremismustheorie“, die durch die Verbannung der entscheidenden Ideologieelemente der extremen Rechten an den Rand der Gesellschaft eine wirkungsvolle Auseinandersetzung mit diesen verhindert, diffamiert damit gleichzeitig auch antifaschistische Aktivitäten
- Die Verfassungsschutzämter unterliegen einer parteipolitischen Instrumentalisierung und es fehlt gänzlich an schlüssigen Konzepten bei der Bekämpfung der extremen Rechten[xvi]
- Die Schlapphüte legitimieren die eigene Arbeit durch Duldung, Förderung und Finanzierung neonazistischer Strukturarbeit
- Als quasi in die Gesellschaft vorgelagerter Staatsschutz klären die Ämter damit über Strukturen auf, an deren Aufbau sie selbst beteiligt waren und beanspruchen die Definitionshoheit über das Thema Rechtsextremismus

All dies sind Gründe, weswegen der Verfassungsschutz als Institution, als Stichwortgeber für Diskussionen um die extreme Rechte in der Gesellschaft und als pädagogische Instanz grundlegend abzulehnen ist und keinerlei Legitimation hat.

Patrick Schwarz, Björn Falter
Aus: monitor, Rundbrief des apabiz e.v., Nr.1, Aug.2001

---

[i] Thüringische Landeszeitung, 30.05.01: „Geheimdienst warnte Neonazi“.
[ii] Homepage von STOERTEBEKER.NET, Juli 01: „Interview mit Tino Brandt“.
[iii] Neues Deutschland, 21.10.99, S.5: „Junge Gemeinde wird bedroht“.
[iv] Berliner Zeitung, 02.10.99, S.5: „Geheimdienst legte Listen von Linken vor“.
[v] Berliner Zeitung, 11.07.00, S.6: „Kamerad Spitzel“.
[vi] Der Spiegel, Nr.45/00 vom 06.10.00, S.29: „Schilys anonyme Zeugen“.
[vii] Das maßgeblich von ihm mit herausgegebene Nazi-Fanzine UNITED SKINS wurde weitergeführt und war teilweise nur über die Postadresse der britischen BLOOD & HONOUR-Sektion erhältlich.
[viii] Sonderansage des NATIONALEN INFOTELEFONS HAMBURG, 11.07.00
[ix] Homepage des THÜRINGER HEIMATSCHUTZ, Juli 01: „Der Fall Mike Layer“.
[x] Berliner Zeitung, 02.10.99, S.5: „Geheimdienst legte Listen Von Linken vor“
[xi] Die Tageszeitung, 11.07.00, S.7: „Die Zecken lagen am Boden“.
[xii] Frankfurter Rundschau, 07.06.00: „Verfassungsschutz soll Neonazi bezahlt haben“.
[xiii] Homepage von STOERTEBEKER.NET, Juli 01: „Interview mit Tino Brandt“.
[xiv] Deutsche Stimme, Nr.8/00, S.1: „Doppelspiel an unsichtbarer Front“.
[xv] Berliner Zeitung, 11.07.00, S.6: „Kamerad Spitzel“.
[xvi] Etwa wenn der Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen die Zeitschrift JUNGE FREIHEIT als „rechtsextrem“ bewertet und gleichzeitig der Brandenburgische Innenminister JÖRG SCHÖNBOHM selbiger als Interviewpartner zur Verfügung steht.



Programm ROTE FLORA 09/2001

Sonntag 02.09.	17Uhr	**Cafe Niemandsland:**richtiger Kuchen,heiße Politik und frischer Kaffee
	21Uhr	**Vollmond Orchester**
Dienstag 04.09.	18Uhr	**Dubcafe**_Black Famous Sound
Freitag 07.09.	21Uhr	**Musikfest in Hamburg** (Drei Konzerte verschiedener Projekte präsentieren genreübergreifende zeitgenössische Musik)
Samstag 08.09.	12Uhr	**Schanzen 1/4 Fest**
	22Uhr	**Party**
Sonntag 09.09.	17Uhr	**Cafe Niemandsland:**"Wenn der Wind weht" Zeichentrickfilm über die Bedrohung durch einen Atomschlag aus der Zeit des kalten Krieges
	21Uhr	**Konzert:Iceburn,Anger is beautiful,Zann**
Dienstag 11.09.	18Uhr	**Dubcafe**_Inity Sound
Samstag 15.09.	22Uhr	**Tuntengala der Homolandwoche:**Tanzmusik und Tuntengalashow
Sonntag 16.09.	17Uhr	**Cafe Niemandsland**: Für mehr als zwei Geschlechter-Vortrag und Diskussion Menschen,die sich weder als Mann noch als Frau verstehen,stellen die herrschende (heterosexistische,patriarchale) Annahme in Frage, daß es nur zwei Geschlechter gibt.Sie fordern daher,daß die Kritik an der Zweigeschlechtlichkeit in feministische Theorien+Politikformen einbezogen wird.
Montag 17.09.	21Uhr	**electro-HC Konzert**: Rah Brahs
Dienstag 18.09.	18Uhr	**Dubcafe**_I-tal Acoustic
Freitag 21.09.	21Uhr	**Antifa Soli Konzert:**Superpunk und andere
Samstag 22.09.	21Uhr	**Konzert:Phill Niblock** geb.1933 in New York-Multimedia Künstler Musiker wie Jim O`Rourke,Lee Ranaldo oder Thursten Moore haben für ihn gespielt. Er fabriziert einen massiven Wall of Sound aus gesampelten Instrumentalklängen,teilweise begleitet von Livemusikern, entstehen im Raum zusätzliche Töne, die um einen herum zu schwirren scheinen. Dazu zeigt Phill Filme, die Menschen bei gleichförmiger Arbeit. **Es wird sehr laut!**
Sonntag 23.09.	17Uhr	**Cafe Niemandsland:**Was ist eigentlich Anarchie?Vortrag und Diskussion Beim Wort "Anarchie" geistern bei so manchem/r Schauerbilder von Chaos und Untergang durch die Köpfe.Daß solche Schreckensvorstellungen in der Öffentlichkeit verbreitet sind, ist kein Zufall-schließlich ist das Ziel des Anarchismus,nämlich zu einer herrschaftsfreien Gesellschaft zu gelangen wirklich "gefährlich" für jene, die Unterdrückung für ein Naturgesetz halten (wollen)...
	21Uhr	**Konzert:World Inferno Friendship Society** (NY)
Dienstag 25.09.	18Uhr	**Dubcafe**_weed Acoustix
Freitag 28.09.	22Uhr	**Soliparty für das Archiv der Sozialen Bewegungen und Fotoarchiv Kollektiv**
Samstag 29.09.	23Uhr	**Shantytown Soundsystem calling all Hamburg masses!**
Sonntag 30.09.	17Uhr	**Cafe Niemandsland:**"The Truth Lies in Rostock" Dokumentation über die Pogrome von Rostock Lichtenhagen;Neonazis und "Normalbürger" geschlossen im Gleichschritt.

Das Ahoi-Programm war uns leider nicht zugängig, macht euch also selbst kundig über andere Informationsorgane. Ansonsten allen viel Spaß bei den Veranstaltungen!!!

regelmäßige termine:
Montagab 19UhrKochsession veganes essen
Montagab 17Uhroffene Motorradwerkstatt-schrauben und klönen
Montag*Donnerstag17-19UhrArchiv der sozialen Bewegungen Tel.433007
Dienstag18-23UhrDubcafe
Donnerstag 14tägigab 19UhrKochkollektiv veganes essen
1.Samstag im monatab 12UhrFrühstücksbuffet
Sonntagab 17UhrCafe Niemandsland richtige Politik,echter Kaffee und frischer Kuche
SonntagganztägigStudio F (fsk 93.0) sendet aus der Roten Flora